Firmenhomepage auf die Schnelle **S. 23**

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
3
2011

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Interview mit Kristina Schröder

GELDANLAGE

Was Sie unbedingt bedenken sollten

ARD

„Krakenhaftes“ Firmengeflecht

Neues von der CeBIT

Von der Wolke beherrscht –Brauchbares fürs Büro

LEXWARE

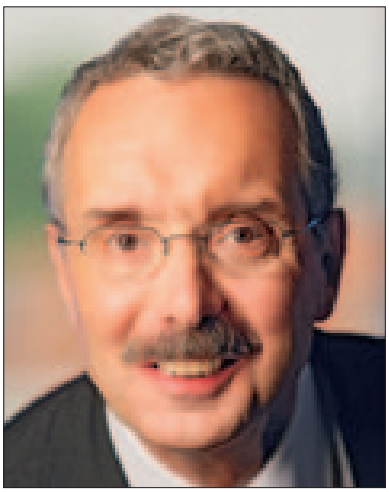
Alles in Ordnung

In einer Welt mit Lexware dauert der Bürokram nur 5 Minuten am Tag.

Ganz gleich wie viele Vorkenntnisse Sie haben und in welcher Branche Sie tätig sind: Mit der intelligenten Business-Software und den integrierten Online-Services vom Marktführer sind Ihre Buchhaltung, Kostenvoranschläge und Rechnungen in 5 Minuten am Tag „Fertig!“

www.lexware-fertig.de

EIN STRATEGISCHER ZWISCHENRUF



Hartmut Schauerte ist Vorsitzender der MIT in Nordrhein-Westfalen und stellv. Bundesvorsitzender

Für jeden Sportler stehen Lockerungs- und Dehnungsübungen am Anfang jeder Höchstleitung. Profis vergessen dabei nicht, dass langfristiger Erfolg immer guter Vorbereitung, guter physischer und psychischer Verfassung bedarf. Nur ein Anfänger sprintet los, setzt sich übermütig an die Spitze und erreicht anschließend möglicherweise die Ziellinie nicht.

Als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sollten wir uns als Profis in der Interessenvertretung der Unternehmer, der Selbstständigen und der wirtschaftlichen Anliegen im Allgemeinen erweisen. Anders als jeder andere Wirtschaftsverband stehen wir jedoch nicht vor der Politik, sondern wir sind auch Teil der Politik. Unsere Mitgliedschaft besteht aus Unternehmern und Politikern. Wir sind damit in den Parlamenten auf allen Ebenen vertreten - von der Kommune bis in Bundestag und Europaparlament. Dies ist unser zentrales Alleinstellungsmerkmal, das sich zum Beispiel darin zeigt, dass die übrigen Wirtschaftsverbände über uns Einfluss auf die Politik nehmen. Natürlich haben wir wichtige ordnungspolitische Fundamente, die es hochzuhalten gilt. Aber am Ende zählt, politische Mehrheiten zu finden. Auch in der Demokratie kommt es nicht zentral darauf an, Recht zu haben, sondern das Notwendige mit Mehrheit durchsetzen zu können. Unsere Strategie kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir nah genug an der CDU und ihren Entscheidungsträgern bleiben und durch vertrauensvollen Umgang miteinander unsere Ziele sichern.

Ja, wir sind das ordnungspolitische Gewissen der CDU, wir sind Mittler, Ratgeber, aber vor allem wollen wir Durchsetzer sein. Unter Freunden und Partnern ist man nicht mit Angriff und öffentlicher Auseinandersetzung erfolgreich, sondern mit einer klugen Mischung aus Nähe und Distanz. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass es klug ist, im Team zu arbeiten und manchmal den Windschatten anderer zu nutzen. Wir sollten nur dann sprinten, wenn es auf die Zielgerade zugeht, und nicht Sieg rufen, bevor die Linie überquert ist. Manche denken offenbar, es sei schon ein Sieg, dabei gewesen zu sein. Nein, diesen einen Unterschied mache ich zwischen Politik und Sport: Dabei zu sein ist in der Politik nicht alles.

Mittendrin sollten wir sein. Wir wollen von innen in der Partei wirken. Wenn ich beobachte, dass eine große Anzahl von unseren Mitgliedern und Abgeordneten in den Parlamenten sich in unserer Mittelstandsvereinigung nicht mehr wohl fühlen und der wechselseitige Informationsfluss sowie das Verständnis für unterschiedliche Aufgaben ausgesprochen gering sind, so bin ich sicher, dass wir unsere Strategie der letzten Jahre überdenken müssen. Wir brauchen wieder stärkere Bande in unsere Parlamentskreise.

Auch über diesen Weg werden wir wieder ernster genommen in der Partei. Wir in Nordrhein-Westfalen haben mit dieser Vorgehensweise gegen große Widerstände in der CDU den neuen Landesvorsitzenden Norbert Röttgen durchgesetzt. Das gleiche gilt für wesentliche inhaltliche Weichenstellungen der CDU NRW. Im Bund ist unsere unbestrittene Kompetenz in Wirtschaftsfragen in der Durchsetzungsfähigkeit suboptimal. Das liegt nicht nur an der zu geringen Bereitschaft der CDU, auf uns zu hören, sondern auch daran, dass unsere Vereinigung vor allem als Kritiker und nicht als Partner der CDU in dem großen Kampf gegen eine linke Mehrheit in Deutschland wahrgenommen wird. Wenn wir unsere Reihen nicht besser schließen, müssen wir uns am Ende fragen lassen, ob wir nicht im leninschen Sinne die nützlichen Idioten des politischen Gegners waren.

www.dahw.de

JEDER-KANN-EIN-RETTER-SEIN.de

Jeden Tag sterben weltweit **5.000 Menschen** an Tuberkulose.

Jedes Jahr erkranken weltweit **250.000 Menschen** neu an Lepra.

Spendenkonto 96 96
BLZ 790 500 00

Mariannhillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

Die Seite-4-Karikatur

Weisheiten

Viel Freude kann man andern schenken
durch klares, strukturiertes Denken.

Es sind die wesentlichen Themen
zumeist gleich auch die unbequemen.

Der Optimist spürt Chancen blind
selbst da noch, wo keine sind.

Ganz sicher nicht, wie manche meinen,
zeugt es von Geist, stets zu verneinen.

Hat man allzu viel Geduld,
passiert oft gar nichts. Selber schuld ...

Bosheiten

Denken heißt ganz schlicht und platt:
ein Hirn zu nutzen, wenn man's hat.

Wer pausenlos nur überlegt,
hat damit noch nicht viel bewegt.

Dem Denker wird es gern verübelt,
wenn er zu lange nichts als grübelt.

Im Grunde sieht der Pessimist
die Welt, wie sie beinahe ist.

Der Pessimist ist auf der Hut.
Er kennt die Welt einfach zu gut.

Wenn Leute mit mir übereinstimmen, habe ich immer das Gefühl, ich muss mich irren. *Oscar Wilde*

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, *„Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten"*

Wolfgang Pesta
Senior Director Operations
Mitglied der Geschäftsführung
– LEGO Central Europe –

LEGO denkt wie Vodafone: Erfolg braucht Kommunikation.

Kommunikation in Ihrem Business ist unser Business.

vodafone.de/business

power to you

Testsieger:
Deutschlands bestes Netz.*

connect Bestes Netz
Netztest Heft 12/2010

* Lt. Connect Netztest, Heft 12/2010. Vodafone 429 Punkte: „sehr gut", O_2 406 Punkte: „gut", T-Mobile 378 Punkte: „gut", E-Plus 269 Punkte: „ausreichend".

www.dahw.de

Foto: Simon Opladen

JEDER-KANN-EIN-RETTER-SEIN.de

Jedes Jahr
sterben weltweit
5.000 Menschen
an Tuberkulose.

**Mit Ihrer Spende
retten Sie Leben.**

SPENDENKONTO 96 96
BLZ 790 500 00

Mariannhillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

DAHW
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

8

18

POLITIK

3 **EDITORIAL**
Hartmut Schauerte, Landesvorsitzender der MIT-NRW und stellv. Bundesvorsitzender schildert aus seiner Sicht die Lage im Wirtschaftsflügel der Union

4 **Unsere Seite-4-Karikatur**
... und unsere Weisheiten und Bosheiten aus dem Wirtschaftsleben

8 **Familienbewusste Personalpolitik**
Bundesfamilienministerin Kristina Schröder outet sich in unserem Exklusiv-Interview als bekennende Mittelständlerin

10 **Wohlstand oder Wohlergehen?**
Prof. Klaus-Werner Schatz bewertet die neue Sprachregelung der CDU zum Thema Wohlstand. Sein Fazit: Wie misst man Glück?

WIRTSCHAFT

12 **Wohin mit dem Geldsegen?**
Experten geben geldwerte Tipps zur Anlage des Vermögens und raten zu regelmäßigen Checks und Neubewertungen mit entsprechenden Konsequenzen

18 **Neues von der CeBIT**
Die alljährliche IT-Messe Anfang März in Hannover ist Gradmesser und Marktplatz zugleich. Offenbar geht es wieder aufwärts mit der Konjunktur, weiter mit den Innovationen sowieso. Lesen Sie hier, was es Neues gibt

UNTERNEHMEN

23 IT + Internet
Software-Tipps für eine Firmen-Homepage im Handumdrehen. Im Rahmen der 1&1 Gründer-Initiative gibt es sogar für die Leser unseres Magazins das ganze ein Jahr kostenlos

25 ARD-Tatort: Die Krake
Mittelständische Film-Produktionsfirmen, einzelne Medienpolitiker und Marktwirtschaftler sind besorgt, wie schnell und flächendeckend die gebührenfinanzierten, öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit Duldung der Landespolitik ihre Marktmacht ausdehnen

SERVICE

29 Für Sie gelesen
unsere Bücherseite

30 AUTO-TEST
Heute im MIT-Magazin-Test
- AUDI Q 7
- Auris Hybrid
- VW Caddy

32 Neues Musical in Hamburg
Sister Act, frei nach Whoopi Goldberg

33 Neue Ausstellung in Berlin
Emil Nolde und Emil Schumacher

34 Rechts-Themen
Abgeltung von Überstunden

35 Recht im Gespräch

36 Aktuelle Urteile

MIT-INSIDE

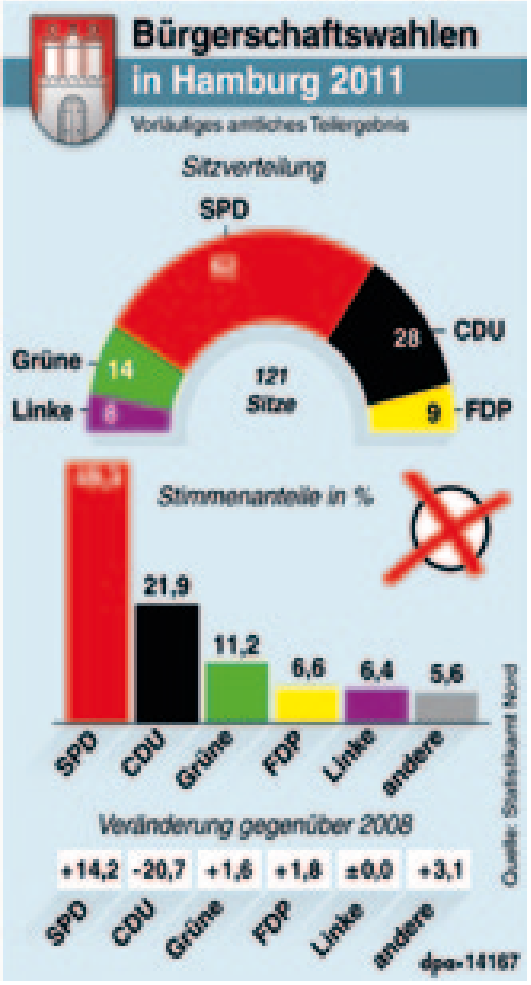
37 MIT-Inside mit Berichten
aus den Regionalverbänden

40 MU-Inside

41 Namen sind Nachrichten

42 Baustelle

42 Impressum



„Wie gehen Sie mit Schwächeren um?“

Ranga Yogeshwar, Wissenschaftsjournalist

Sie sind stark!
www.misereor.de

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank · BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

Familienbewusste Personalpolitik im deutschen Mittelstand

Bundes-Familienministerin Kristina Schröder umwirbt in unserem Exklusiv-Interview den Mittelstand

Foto: Laurence Chaperon

Bundes-Familienministerin Kristina Schröder, MdB, ist Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU

Bundes-Familienministerin Kristina Schröder umwirbt in unserem Exklusiv-Interview den Mittelstand

Welche Beziehung haben Sie zum Mittelstand?

Kristina Schröder: Der Mittelstand ist für mich das Herz der deutschen Wirtschaft. Deshalb bin ich auch als Abgeordnete in den Parlamentskreis Mittelstand der Unionsfraktion eingetreten. In der Öffentlichkeit spielen meist eher die Großunternehmen eine Rolle. Doch die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland arbeitet in kleinen und mittelständischen Betrieben, das dürfen wir nicht übersehen. Deshalb ist es mir sehr wichtig, gerade bei Arbeitgebern im Mittelstand für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu werben und sie von den Vorteilen einer familienbewussten Personalpolitik zu überzeugen.

Wann waren Sie zuletzt in einem mittelständischen Betrieb?

Schröder: Ich besuche regelmäßig mittelständische Betriebe und diskutiere vor Ort mit den Unternehmerinnen und Unternehmern. Außerdem bin ich im Rahmen der Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten", die ich im Oktober letzten Jahres gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gestartet habe, auf vielen Veranstaltungen in Industrie- und Handelskammern und in Handwerkskammern in ganz Deutschland. In Gesprächen mit Verantwortlichen aus mittelständischen Betrieben geht es unter anderem um praktische Erfahrungen mit flexiblen Arbeitszeiten. Ich möchte bei diesen Gesprächen ausloten, welche Möglichkeiten, aber auch welche Grenzen es für eine familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung gibt. Entscheidend ist doch, zwischen den familiären Verpflichtungen der Beschäftigten und den wirtschaftlichen Interessen des Arbeitgebers eine gute Balance herzustellen - davon profitieren letztlich beide Seiten.

Was tut die Bundesfamilienministerin für den Mittelstand?

Schröder: Sie tut jede Menge, denn eines ist doch klar: Der Schlüssel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels liegt in der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb ist es notwendig, gute Rahmenbedingungen anzubieten. Das Elterngeld und der Ausbau der Kinderbetreuung haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert. Durch diese Angebote können Beschäftigte nach der Geburt eines Kindes wesentlich schneller wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Und davon profitieren ja gerade mittelständische Arbeit-

geber, bei denen berufserfahrene Fachkräfte oft schwer zu ersetzen sind.

Aus diesem Grund möchte ich auch die Familienpflegezeit einführen. Die Familienpflegezeit soll es berufstätigen Frauen und Männern ermöglichen, ihre Angehörigen pflegen zu können, ohne den Job vollständig aufgeben zu müssen. Gleichzeitig ermöglichen wir den Unternehmen, dem bevorstehenden Fachkräftemangel im Bereich der Pflege von Angehörigen entgegenzutreten und den Verlust von Fachwissen zu vermeiden.

Außerdem bieten wir insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen Unterstützung bei der Einführung familienfreundlicher Maßnahmen an. Beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag wurde ein Netzwerkbüro eingerichtet, das interessierte Betriebe berät und informiert. Im zugehörigen Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie" bekennen sich schon über 3.200 Mitglieder zu einer familienbewussten Personalpolitik und lernen voneinander. In meinen Augen sind diese Unternehmer die wahrhaften Trendsetter einer innovativen Wirtschaft! Deshalb hoffe ich sehr, dass sich möglichst viele Unternehmen in Deutschland unserem Netzwerk anschließen!

Was erwarten Sie vom Mittelstand, z.B. in Bezug auf flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsplätze oder Frauen-Arbeitsplätze?

Schröder: Meine Erfahrungen zeigen ganz klar, dass der Mittelstand zunehmend die Bedeutung von Familienfreundlichkeit erkennt und die unterschiedlichen Möglichkeiten einer familienbewussten Personalpolitik nutzt. Gerade für kleinere mittelständische Betriebe können familienfreundliche Angebote der entscheidende Wettbewerbsvorteil bei der Personalsuche sein. Da der Fachkräftemangel uns immer stärker zu schaffen machen wird, müssen die Unternehmen neue Prioritäten setzen. So müssen sie beispielsweise darauf Rücksicht nehmen, dass für 90 Prozent der Beschäftigten die Familienfreundlichkeit des Arbeitgebers ebenso wichtig oder sogar wichtiger ist als die Höhe des Gehalts. Hinzu kommt: Beschäftigte, die sich nicht zwischen Beruf und Familie zerrieben fühlen, arbeiten sorgfältiger und motivierter und sind seltener krank. Es ist nachgewiesen, dass in familienfreundlichen Unternehmen die Beschäftigten nach der Geburt eines Kindes schneller wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Der Vorteil liegt auf der Hand: Kontakte, Wissen und Fähigkeiten bleiben dem Arbeitgeber dadurch erhalten.

Wie ein familienfreundlicher Arbeitsplatz idealer Weise auszusehen hat, hängt aber natürlich vom Bedarf der Beschäftigten und vom Unternehmensprofil ab. Die eine Mitarbeiterin benötigt Unterstützung bei der Kinderbetreuung, der andere Mitarbeiter braucht Zeit für seine pflegebedürftigen Eltern. Das Schöne an mittelständischen Betrieben ist, dass es hier oft noch persönliche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten gibt. Dadurch funktionieren individuelle und effiziente Lösungen in der Regel besser als bei großen Unternehmen.

Trügt der Eindruck, dass sich Politik manchmal zu sehr auf Großbetriebe fokussiert, obwohl diese ja nur einen geringen Prozentsatz der Arbeitsplätze vorhalten?

Schröder: Da ist schon was dran: Gerade in Krisenzeiten richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit manchmal zu stark auf die großen Namen. Deshalb ist es immer wieder wichtig zu betonen, dass der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Wirtschaft darstellt. Ich bin mir sicher: ohne den Wachstumsmotor Mittelstand wäre die derzeitige Konjunktur nicht so positiv wie sie ist, und auch die erfreuliche Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt dem Mittelstand zu verdanken. Die Bundesregierung achtet deshalb sehr genau darauf, die Breite der Unternehmenslandschaft im Blick zu haben - insbesondere, wenn es darum geht, Unternehmertum zu fördern.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Foto: Pitopia

Es ist nachgewiesen, dass in familienfreundlichen Unternehmen die Beschäftigten nach der Geburt eines Kindes schneller wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. So will es die Familienministerin auch selbst halten, wenn sie demnächst ihr Kind zur Welt gebracht hat

Dr. Kristina Schröder
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Geboren am 3. August 1977 in Wiesbaden, verheiratet

Persönlich
1997 - 2002: Studium der Soziologie, Mittlerer und Neuerer Geschichte und Philosophie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
1998 - 2002: Studium der Politikwissenschaft mit Abschluss als Diplom-Soziologin, Wahlpflichtfächer Politikwissenschaft und Philosophie
Februar 2009: Promotion zum Dr. phil. am Institut für Politikwissenschaft, Universität Mainz, bei Prof. Dr. Jürgen W. Falter

Politisch
1994: Eintritt in die CDU
2000 - 2001: Stadtverordnete der Landeshauptstadt Wiesbaden
seit 2002: Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen und Mitglied des Deutschen Bundestages
Seit 30. November 2009: Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

KOMMENTAR
Brauchen wir noch wirtschaftliches Wachstum?

Von Professor Dr. Klaus-Werner Schatz

Wirtschaftliches Wachstum wird als Ziel der Politik zunehmend in Zweifel gezogen. Die Kritik knüpft an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) an, dessen Anstieg in der Regel als Messgröße für wirtschaftliches Wachstum genommen wird. Nicht die Zunahme des materiellen Wohlstandes, wie mit dem BIP erfasst, dürfe Ziel der Politik sein, sondern die Verbesserung der Wohlfahrt der Gesellschaft, ihrer Lebensqualität müsse es sein. In der Mainzer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU vom Januar dieses Jahres werden Wohlergehen und Wohlbefinden als Ziel benannt. In der Wissenschaft wird, auf den Punkt gebracht, vom gesellschaftlichen Glück gesprochen. Ist das BIP also eine irrelevante Größe? Ist wirtschaftliches Wachstum überflüssig oder sogar schädlich und als Ziel der Politik aufzugeben?

Wie misst man Glück?

Das BIP ist zunächst nur eine Kennziffer der volkswirtschaftlichen Statistik. Zusammengefasst wird im BIP die jährliche Produktion an Waren und an Dienstleistungen, also eine Vielfalt an Gütern. Die einzelnen Güterbündel werden mit den jeweils bezahlten Preisen bewertet und können dann zusammengefasst werden, zur wertmäßigen Produktion der einzelnen Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Industrie, Handwerk usw., und diese Produktion kann anschließend aufaddiert werden zum BIP. Vorstellungen von Wohlergehen und Glück interessieren den Statistiker nicht, und sie müssen es auch nicht, um das BIP zu berechnen.

Die Auffassung, dass es Aufgabe des Staates sei, dem Glück der Menschen zu dienen, ist allgemein akzeptiert. Gänzlich anders verhält es sich jedoch, wenn gefordert wird, zu diesem Zweck das wirtschaftliche Wachstum als Ziel der Politik aufzugeben und an seine Stelle die Zunahme des gesellschaftlichen Wohlergehens oder Glücks zu setzen. Glück ist ein individuelles Empfinden, und die Vorstellungen von Glück sind höchst unterschiedlich. So ist das Leben in der quirligen Stadt nicht die Sacher derer, für die die Stille des Landes das Größte bedeutet, und mancher verzichtet auf ein gutes Essen, um ins Theater gehen zu können. Wenn von gesellschaftlichem Glück gesprochen wird, so geht es zunächst um eine abstrakte Größe. Sollten Aussagen über das tatsächliche Glücksbefinden einer Gesellschaft und seine Änderung getroffen werden, so wäre dazu ein konkret gefasster, quantitativer Glücksindikator erforderlich, ähnlich dem BIP für den materiellen Wohlstand. Denn nur dann könnte festgestellt werden, wie sich das Glücksempfinden einer Gesellschaft in Reaktion auf unterschiedliche Maßnahmen der Politik ändert.

Wer bewertet unser Glücksempfinden? Politiker?

Um einen solchen Indikator erstellen zu können, müssten die individuellen Empfindungen von Glück in einer Gesamtglücksgröße zusammengefasst werden. Das Glücksempfinden Einzelner oder zumindest einzelner Gruppen wäre also zu bewerten. Statistiker und auch Wissenschaftler können das nicht leisten. Dass Politiker solche Bewertungen vorzunehmen in der Lage seien, ist eine absurde Vorstellung für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Ordnung. Es macht das Wesen unserer Ordnung gerade aus, das es keine zentrale Instanz wie in Planwirtschaften und keine politische Klasse gibt, die bestimmt, was den Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt frommt.

Klaus-Werner Schatz war lange Jahre im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel tätig und dort Leiter der Konjunkturabteilung und Vize-Präsident des Instituts. Er hat danach als Ministerialdirektor die Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft geleitet. Von 2000 bis Anfang 2008 hat er das Institut der Deutschen Wirtschaft als Leiter des Büros in Berlin vertreten. Er ist Honorarprofessor der Universität Kiel und der Freien Universität Berlin

Wirtschaftliche Entscheidungen werden in unserer Ordnung im Kern dezentral getroffen. Produziert wird, was den Präferenzen der Verbraucher entspricht und sich für die Unternehmen lohnt, und aus der Nachfrage und dem Angebot ergeben sich die Preise. In der Zahlungsbereitschaft der Verbraucher drückt sich der Nutzen aus, den sie den von ihnen beschafften Gütern zumessen. Die Unternehmen bieten an, was den höchsten Gewinn, also letztlich den größten Nutzen für die Eigner verspricht.

Ein anderer Aspekt dieser dezentralen Entscheidungen ist, dass Arbeitnehmer bestimmen können, einen wie großen Teil ihrer Zeit sie auf das Erzielen von Einkommen verwenden wollen, wie viel Zeit und Geld sie in Ausbildung und Fortbildung anlegen und wie viel Freizeit sie haben wollen. Unternehmen können ihre Produktionsstruktur festlegen, in die Fortbildung ihrer Belegschaften, in Forschung und Entwicklung und in Sachanlagen investieren, Innovationen fördern. Dahinter stehen die Überlegungen bei Haushalten, Verbrauchern, Arbeitnehmern, Unternehmern oder Kapitaleignern was ihre Wohlfahrt, ihre Lebensqualität oder ihr Wohlergehen, ihr persönliches Glück, am meisten fördert. Das Ergebnis solcher dezentralen Entscheidungen ist schließlich das BIP.

Die Entwicklung des Wohlergehens oder des Glücks der Einzelnen sind nicht strikt daran geknüpft, wie sich das Einkommen ändert. So kann, wer auf Einkommen verzichtet, mehr Freizeit haben. Ein geringeres Wachstum der Wirtschaft besagt nicht, dass sich die gesellschaftliche Wohlfahrt im gleichen geringen Ausmaß ändert. Freilich bestimmt die Politik maßgeblich darüber, wie hoch das Wachstumstempo sein kann. Es ist ein Rahmen für das Marktgeschehen zu setzen. Es werden Vorgaben für Unternehmen und Bürger aus den verschiedensten Überlegungen gemacht, die Entscheidungsräume der Menschen begrenzt. Von der Güte der Politik hängt ab, was aus dem Tun der Unternehmen und Bürger an Wachstum entsteht und welche Alternativen sich den Menschen eröffnen, weil sie mit ihrem Einsatz mehr Einkommen erzielen können. Das BIP misst nicht Wohlfahrt, Wohlergehen, Wohlbefinden oder Glück, und es soll es auch nicht. In einer freiheitlichen, sozialen und marktwirtschaftlichen Ordnung ist das BIP aber kantiger Prüfstein dafür, was die Politik leistet.

Ihrem Steuerberater können Sie uneingeschränkt

VERTRAUEN

Sie ihm auch, wenn es um die Zukunft Ihres Unternehmens geht.

Ihr Steuerberater kennt Ihr Unternehmen genau, mit allen Zahlen und Abläufen. Dank seiner Expertise können Sie sich jederzeit auf seinen Rat verlassen. Setzen Sie auf seine Dienstleistungen: ob bei der Analyse der Erfolgs- und Finanzlage, bei Investitionen oder bei der Lohnabrechnung und Personalverwaltung. Informieren Sie sich – auch zur DATEV-Software für Unternehmen – bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 0119131.
www.datev.de/vertrauen

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Foto: Pixopia

Wohin mit dem Geldsegen?

Von Silke Becker

2010 lief besser als gedacht - nun ist ein erfreulich dickes Plus auf dem Konto. Annika Harms, Vermögensberaterin Private Banking der renommierten Hamburger Privatbank Donner & Reuschel erklärt, worauf clevere Unternehmer bei der Geldanlage achten sollten. Normalerweise berät Annika Harms erst Kunden mit einem Anlagebetrag ab etwa 200.000 Euro. Exklusiv für MIT-Leser gibt die Beraterin Tipps, die auch bei kleineren Summen Sinn machen.

„Grundsätzlich sollte vor der Geldanlage die Absicherung kommen“, erklärt Annika Harms, Vermögensberaterin Private Banking bei der Privatbank Donner & Reuschel in Hamburg. Bei einem unerwarteten Geldsegen sollten also zuerst die aktuelle finanzielle Situation und der Versicherungsschutz auf den Prüfstand: Reichen die bestehenden Policen noch aus, um die Familie, die Ausbildung der Kinder, und - ganz wichtig - die Arbeitskraft des Unternehmers abzusichern? Macht es wegen der staatlichen Förderung Sinn, in Rürup- oder, sofern möglich, in Riesterverträge einzuzahlen? Sind Kredite - etwa für Immobilien - zu bedienen, die vorzeitig zurückgezahlt werden können? Erst, wenn dann noch Geld übrig ist, sollte man zu Wertpapieren greifen. Allerdings sollte man nicht das gesamte verfügbare Geld anlegen. „Oft vergessen, aber sehr empfehlenswert ist eine Liquiditätsreserve von etwa drei Monatseinkommen oder alternativ zehn Prozent des liquiden Vermögens,“ so die Beraterin.

Aktien gehören dazu

Trotz Wirtschaftskrisen und dramatischem Auf und Ab an den Börsen: „Aktien gehören nach wie vor in jedes gut strukturierte Depot“, sagt Annika Harms. Allerdings: In Aktien angelegt werden sollte nur wirklich freies Geld, das man in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich nicht benötigt. „Der Anlagehorizont sollte bei Aktien mindestens fünf Jahre betragen“, empfiehlt sie. „Wer auf einen bestimmten Zeitpunkt hin spart, etwa für den Hauskauf, sollte nicht in Aktien, sondern eher in andere Anlageklassen investieren, wie beispielsweise in Anleihen.“

Umgekehrt sollte man auch nicht ausschließlich auf Aktien setzen, um möglichst viel Rendite herauszuholen. „In der Vergangenheit war es fast immer so, dass sich die einzelnen Anlageklassen gegenläufig entwickelt haben“, erklärt die Vermögensberaterin. Ins Depot gehören also Aktien, Anleihen, Immobilien und Rohstoffe sowie eventuell Gold. Deren Wertschwankungen gleichen sich im Regelfall zumindest teilweise aus, mögliche Verluste halten sich dadurch höchstwahrscheinlich in Grenzen.

Wie hoch der Aktienanteil im Depot sein sollte, hängt von zwei Faktoren ab: Dem Alter und der persönlichen Risikoneigung. „Grundsätzlich sollte die Aktienquote mit steigendem Lebensalter sinken“, empfiehlt die Expertin. Jüngere Anleger haben nämlich einfach mehr Zeit, um Kurseinbrüche wieder aufzuholen. Eine gängige Faustregel lautet: 100 minus Lebensalter. Ein 30-Jähriger sollte demnach eine Aktienquote von maximal 70 Prozent halten, eine 65-Jährige höchstens noch von 35 Prozent.

Individuelle Risikobereitschaft

Ob man tatsächlich bis zu dieser Grenze gehen will, hängt von der individuellen Risikobereitschaft ab. Absolut sichere Geldanlagen mit Traumrenditen gibt es leider nur in den bunten Werbeprospekten zweifelhafter Anbieter. „Hohe Renditen sind prinzipiell nur mit entsprechendem Risiko erzielbar. Die individuelle Risikoneigung ist deshalb ein zentrales Entscheidungskriterium für die Strukturierung des Depots“, so Annika Harms.

Auch wenn die meisten Unternehmer berufsbedingt nicht gerade Angsthasen oder Sicherheitsfanatiker sind, muss man mit der Geldanlage noch gut schlafen können. „Man sollte sich ehrlich fragen, wie viel Verlust man akzeptieren kann und ab welchem Punkt man nervös wird“, sagt Harms. „Unternehmer gehen mit ihrer Firma bereits relativ große Risiken ein. Deshalb würde ich Selbstständigen tendenziell raten, den Aktienanteil im Depot eher etwas kleiner zu halten.“ Solche grundsätzlichen Überlegungen sind keineswegs nebensächlich.

Bunte Mischung

Bei der Auswahl der einzelnen Positionen sollte man auf eine bunte Mischung nach Ländern und Branchen achten. „Gerade Unternehmer neigen dazu, in Branchen zu investieren, in denen sie selbst tätig sind, weil sie die entsprechenden Firmen besonders gut kennen und einschätzen können“, so die Erfahrung von Annika Harms. „Dadurch entsteht jedoch ein großes Klumpenrisiko: Wenn es in der Branche kriselt, schwächelt nicht nur das eigene Unternehmen, sondern auch das Depot.“

Für die klassische langfristige Anlage greift man schwerpunktmäßig zu Titeln aus den großen Industrienationen, also Deutschland und den EU-Ländern sowie den USA. Die stark wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC-Staaten) gehören als Beimischung in das Depot. „Die Bedeutung der BRIC-Staaten wird steigen, ich persönlich würde sie etwas stärker gewichten als die bislang üblichen fünf bis zehn Prozent“, empfiehlt Annika Harms.

Um das Risiko weiter zu streuen, sollte man nicht alles auf eine Karte setzen, sondern in unterschiedliche Unternehmen investieren. „Mindestens zehn verschiedene Einzeltitel sollten es in jeder Anlageklasse schon sein“, sagt Annika Harms. „Dabei sollte man auch auf die Kosten achten.“ Damit die nicht zu hoch werden, empfiehlt die Expertin mindestens 5.000 Euro in jeden Titel zu investieren.

„Hohe Renditen sind prinzipiell nur mit entsprechendem Risiko erzielbar. Die individuelle Risikoneigung ist deshalb ein zentrales Entscheidungskriterium für die Strukturierung des Depots.“

Bei kleineren Summen: Fonds

Bei kleineren Anlagesummen rät die Beraterin klar zu Fonds. Auch hier sollte man die Kosten im Blick haben: Bei aktiv gemanagten Fonds sind neben Ausgabeaufschlägen von manchmal mehr als fünf Prozent relativ hohe laufende Kosten wie Managementgebühren, Vertriebsfolgeprovisionen oder Erfolgshonorare zu zahlen, die die Rendite vor allem in schlechten Börsenjahren spürbar schmälern. Erheblich günstiger, weil ohne Ausgabeaufschläge und mit deutlich geringeren laufenden Gebühren sind so genannte Exchange Traded Funds (ETFs) zu haben. Bei diesen Fonds bildet der Fondsmanager lediglich einen Index nach, z. B. den DAX, den MSCI-World usw. Der Manager verfolgt also keine individuelle Anlagestrategie, der Fonds entwickelt

sich deshalb weitgehend so wie der zu Grunde liegende Index. Das ist aber kein Nachteil, da es sowieso nur wenigen Fondsmanagern gelingt, den Index zu schlagen. „Das Basisinvestment sollten ETFs sein, gemanagte Fonds sind eher für Spezialstrategien sinnvoll", rät die Expertin. Da Fonds selbst ja schon in verschiedene Einzelpapiere investieren, reicht es, drei bis fünf verschiedene Fonds zu kaufen, beispielsweise einen weltweit investierenden, einen der in Schwellenländer sowie einen oder zwei, die in einzelne Länder oder Branchen investieren.

Nicht mehr zeitgemäß ist der oft zitierte Rat von Börsenguru André Kostolany: „Kaufen Sie Aktien, nehmen Sie Schlaftabletten und schauen Sie die Papiere nicht mehr an." In den letzten zehn Jahren jedenfalls, ist man mit dieser so genannten Buy-and-hold-Strategie keinen Deut reicher geworden. „Selbst ein monatlicher Depotcheck reicht heutzutage definitiv nicht mehr aus", meint Annika Harms. „Einzeltitel müssen ständig, idealerweise täglich überprüft werden. Bei Fonds reichen auch etwas größere Abstände, etwa ein bis zwei mal pro Woche." Bei steigenden Kursen sollte man die Stop-Loss-Linien regelmäßig nachziehen, bei fallenden Kursen konsequent die Reißleine ziehen. Dazu muss das Papier nicht ins Bodenlose fallen: 20 Prozent maximaler Verlust sind aus Sicht der Beraterin schon erheblich, viele Kunden akzeptieren nur ein deutlich geringeres Minus. Spätestens alle drei Jahre, bei gravierenden Lebensveränderungen auch früher, gehört außerdem die langfristige Anlagestrategie auf den Prüfstand. Unternehmer, die zu dieser permanenten Depotpflege weder Zeit noch Lust noch das nötige Know-how haben, sollten ihr Geld besser einem professionellen Anlageberater anvertrauen.

Niederländische Büroimmobilien als lukrative Anlagemöglichkeit

Holland 70 – Greenbuilding mit bonitätsstarken Mietern

Laut der „Feri Gesamtmarktstudie Beteiligungsmodelle 2010" stecken mehr als 4,2 Milliarden Euro über Geschlossene Fonds in niederländischen Büroimmobilien. Damit belegen die Niederlande einen Spitzenplatz, wenn es um Büroimmobilien geht, die von deutschen Anlegern finanziert werden. Doch warum ist dieser Markt so beliebt? Die Niederlande punkten mit einer starken Wirtschaft, stabilen politischen Verhältnissen und einer hohen Rechtssicherheit. Die 100-prozentige Mietindexierung bietet darüber hinaus Inflationsschutz, das heißt die Mieten werden jährlich an den niederländischen Verbraucherpreisindex angepasst.

Mit dem **Green-Building-Fonds Holland 70** bietet das Hamburger Emissionshaus Wölbern Invest KG Anlegern aktuell die Möglichkeit, in den Niederlanden gleich doppelt zu punkten. Investiert wird in zwei erstklassige Neubauimmobilien an zwei gefragten Standorten mit zwei Unternehmen aus dem Siemens-Konzern als Mieter. Ein attraktives Investment für sicherheitsorientierte Anleger.

Holland 70 im Überblick

Emissionskapital 28,35 Mio.
Gesamtinvestition 54,6 Mio.
Prognostizierte Ausschüttung 6 % p. a.
Mindestanteil 10.000
Agio 5 %
Initiator Wölbern Invest
Internet www.woelbern-invest.de

Wie Viessmann mit DeskView Load auch im IT-Bereich Energie und Kosten spart.

»Mit DeskView Load bekommen unsere Business-Clients bereits ab Werk alle benutzer- und arbeitsplatzspezifischen Einstellungen und Ausstattungen mit auf den Weg. Was vom bisherigen hohen Rollout-Aufwand bleibt, ist nur noch das Aufstellen der Geräte auf dem Schreibtisch des Anwenders.«

Dirk Klöckner, Geschäftsführer Viessmann IT Service GmbH

Aufstellen und in Betrieb nehmen – so einfach und schnell kann Client-Austausch sein. Der führende Heiztechnik-Anbieter Viessmann beweist das über 400-mal im Jahr. Statt aufwändigem Auspacken, Anschließen, Installieren, Integrieren und Implementieren neuer Arbeitsplatzsysteme, folgt Viessmann auch im IT-Bereich seinem Prinzip der Reduzierung von Energie- und Ressourcenverbrauch und senkt mit DeskView Load den Rollout-Aufwand. Bei Fujitsu fix und fertig mit Software, Treibern, Endbenutzerdaten und Ländereinstellung betankte und personalisierte Clients werden direkt an die Arbeitsplätze der Mitarbeiter geliefert – und das in alle Welt. Das Ergebnis: Austauschkosten auf Sparflamme.
http://de.fujitsu.com/referenzen-in-deutschland

shaping tomorrow with you

FUJITSU

Foto: Pitopia

Anleger sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass Immobilien verwaltet, vermietet, instand gesetzt und -gehalten werden müssen

Immobilien als Anlageform

Immobilien werden als Alterssicherung immer beliebter. Rechtsanwältin Sabine Reimann, Partnerin der Düsseldorfer Kanzlei von Hogan Lovells International LLP, gibt Tipps, was man bei der Entscheidung bedenken sollte.

Mit welchen rechtlichen Entwicklungen müssen Immobilienbesitzer in Zukunft rechnen?

Sabine Reimann: Vor allem die Vorgaben für den Energieverbrauch von Immobilien werden immer schärfer werden. Die aktuelle Fassung der Energieeinsparverordnung vom 1. Oktober 2009 (EnEV) macht schon jetzt sehr strenge Vorgaben, und zwar nicht nur für Neubauten, sondern auch für die Modernisierung von Altbauten. Die geplante Pflicht zur energetischen Sanierung alter Gebäude scheint lediglich für den Augenblick vom Tisch zu sein. Jeder Immobilienbesitzer sollte sich wegen der Klimaziele der Bundesregierung darauf einstellen, dass in Zukunft höhere Modernisierungs- bzw. Sanierungskosten, mittelfristig eventuell sogar eine entsprechende Pflicht auf ihn zukommen können.

Welche Folgen hat das?

Reimann: Rechtlich gibt es grundsätzlich die Möglichkeit, Modernisierungskosten auf den Mieter umzulegen. Ob sich eine Mieterhöhung aber tatsächlich realisieren lässt, bestimmt natürlich der Markt. Experten prognostizieren tendenziell eher, dass das Mietniveau in vielen Gegenden bereits ausgeschöpft ist, Mehrkosten deshalb in der Praxis nicht umgelegt werden können. In diesem Fall würde sich die Rendite von Anlageobjekten natürlich erheblich reduzieren. Zum anderen bedeutet die Sanierungs- bzw. Modernisierungspflicht ein Finanzierungsrisiko, weil der Immobilienbesitzer die Maßnahme dann ja innerhalb einer bestimmten Frist durchführen und damit auch finanzieren muss.

Was ist der größte Fehler, den Immobilienkäufer Ihrer Erfahrung nach machen?

Reimann: Sehr häufig fokussieren sich Immobilienkäufer zu stark auf tatsächliche oder vermeintliche Steuervorteile. Doch oft sieht das in der Praxis ganz anders aus. Speziell bei relativ neuen Steuersparmodellen wird die Auslegung der entsprechenden Regelungen erst nach und nach gerichtlich geklärt. Es kommt durchaus vor, dass Gerichte zu Gunsten der Finanzbehörden entscheiden und damit eine rückwirkende Steuer-

pflicht eintritt. Die Immobilie muss sich deshalb auch ohne Steuervorteil rechnen, und man sollte keine Immobilie kaufen, nur um Steuern zu sparen.

Gibt es noch weitere typische Fehler?

Reimann: Viele Anleger verlassen sich zu sehr auf die Aussagen in Exposés und Prospekten. Grundsätzlich sollte man jedes Objekt immer persönlich besichtigen. Speziell die Vermietbarkeit wird häufig überschätzt. Hier sollte man sehr kritisch sein und überlegen, ob man selbst für die kalkulierte Miete in das Objekt einziehen würde. Wird eine Mietgarantie gegeben, sollte man diese sehr genau prüfen. Häufig sind die Mieter Untergesellschaften des Anbieters, die die Objekte nur pro forma anmieten und pünktlich zum Ablauf der Mietgarantiezeit ausziehen.

Welchen Tipp können Sie sonst noch geben?

Reimann: Eine Immobilie ist sicher nach wie vor eine gute und sinnvolle Geldanlage. Man sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass Immobilien verwaltet, vermietet, instand gesetzt und -gehalten werden müssen. Ich persönlich würde deshalb nur Objekte kaufen, die ich in angemessener Fahrtzeit erreichen kann. Dadurch ist der Kontakt zu den Mietern enger. Inzwischen sind Mietausfallklagen nämlich sehr langwierig, die Prozesse dauern oft ein Jahr und länger. In dieser Zeit nutzt der Mieter das Objekt meist weiter, ohne die Miete zu zahlen. So ein Verhalten fällt den meisten Menschen schwerer, wenn sie den Vermieter persönlich kennen.

Sabine Reimann

Die CeBIT, in diesem Jahr mit der Türkei als Partnerland, ist wieder auf Wachstumskurs

Neues von der Cebit

Auch 2011 macht die CeBIT die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover vom 1. bis 5. März fünf Tage lang zum Mekka der IT- und Telekommunikationsbranche. Nach Rückgängen in den letzten Jahren ist das Event wieder auf Wachstumskurs: Für 2011 meldet die Messe mehr Aussteller und eine vergrößerte Ausstellungsfläche. Diesmal steht die CeBIT unter dem Schwerpunktthema „Work and Life with the Cloud“. Partnerland ist in diesem Jahr die Türkei.

Cloud-Computing, also die Auslagerung von Daten und Diensten auf externe Computer, bestimmt einmal mehr die CeBIT

Schon im letzten Jahr war die Cloud ein wichtiges Thema bei Ausstellern und Besuchern - in diesem Jahr ist die Auslagerung von Daten, Services und Ressourcen an externe Dienstleister zum absoluten Top-Thema geworden. Studien zeigen, dass ein Großteil der ausländischen Unternehmer und Manager die Virtualisierung in erster Linie als Vorteil wahrnimmt. Vor allem Effizienz- und Kostenvorteile verlocken zum Sprung in die Wolke. Ihre deutschen Kollegen dagegen haben häufig erhebliche Sicherheitsbedenken und behalten deshalb hochsensible Daten lieber im eigenen Haus unter Kontrolle. Viele Anbieter haben auf diese Zurückhaltung reagiert und Lösungen entwickelt, die für mehr Sicherheit sorgen sollen.

Ein Stick verschlüsselt die Daten

Interessant für kleinere Unternehmen und Einzelkämpfer ist beispielsweise „HOB Planet mIDentity“ des Wormser IT-Sicherheits-Spezialisten **KOBIL**. Der zwischen 200 und 400 Euro teure Stick sieht aus wie ein simpler USB-Stick, hat es aber in sich: Es verschlüsselt die Daten, bevor sie in der Cloud abgelegt werden, sodass der Betreiber die Daten nicht auslesen kann. „Einfach in den USB-Port des Laptops oder PCs einstecken und loslegen. Es ist keine Software-Installation nötig“, erklärt KOBIL-Presseprecher Salim Güler. „Neu in diesem Jahr ist die Verbindung mit einem UMTS-Stick. Wir verhandeln derzeit mit T-Mobile und Vodafone. Voraussichtlich werden bald UMTS-Flats kommen, bei denen unser Stick schon inklusive ist.“

Interessant sind auch die Angebote der **Trend Micro Deutschland GmbH**. Bei der zum Patent angemeldeten Technologie wird die Datenverschlüsselung völlig vom Management der dazugehörigen Schlüssel getrennt. Dadurch sind gestohlene Informationen für Online-Kriminelle unbrauchbar, weil nur die Anwender die Kontrolle über die Schlüssel haben. Auf Basis dieser Technologie bietet das Unternehmen Lösungen für verschiedene Zielgruppen - vom Kleinstunternehmen bis zum Großkonzern.

Auch **Fujitsu** bietet verschiedene Sicherheitslösungen für die Daten in der Wolke. Das Cloud Security-Angebot umfasst insgesamt 13 unterschiedliche Sicherheitspakete. Bestands- und Neukunden erhalten zunächst ein Standard-Security-Paket. Für noch mehr Sicherheit sind zahlreiche optionale Leistungen im Angebot.

Sicherheit ist jedoch auch jenseits der Cloud ein Riesenthema: Rund 16.000 weltweit auf Flughäfen geklaute Notebooks pro Woche sprechen hier eine deutliche Sprache. Fujitsu-Laptops sind deshalb standardmäßig mit umfassenden Sicherheitsfeatures ausgestattet, einige beispielsweise mit einem Fingerprint-Leser. Zur CeBIT wurden die Esprimo- und die Lifebook-Reihe überarbeitet sowie verschiedene neue Modelle vorgestellt. Die neuen Geräte arbeiten extrem leise und besonders energieeffizient. Außerdem sind wichtige Komponenten der Modellreihen identisch (true family-Konzept): Das spart Geld bei der Wartung und erleichtert die Prüfung, ob neue Geräte mit der bestehenden IT-Landschaft kompatibel sind. Neu ist der Portable Zero Client MZ900. Der Stick im USB-Format macht jeden beliebigen Rechner zum Arbeitsplatz - und garantiert dabei größtmöglichen Datenschutz.

Dieser Stick hat es in sich: er verschlüsselt die Daten, bevor sie in der Cloud abgelegt werden, sodass der Betreiber die Daten nicht auslesen kann

Kombi aus Tablet und Laptop

Weiterhin sehr gefragt sind in diesem Jahr Tablets. Auch Fujitsu präsentiert mit dem Slate Tablet seinen ersten Tablet-Rechner, von dem allerdings nur ein Prototyp vorgestellt wurde. Das 10.1-Zoll-Tablet mit Windows 7 soll im 2. Quartal 2011 in den Verkauf kommen und wird mit allen Sicherheitsfeatures ausgestattet sein.

Witzig und praktisch zugleich sind die Neuen von **Asus:** Der Anbieter der beliebten Eee PCs stellte zwei interessante Mischformen aus Tablet und klassischem Laptop vor, die im Frühsommer 2011 auf den Markt kommen werden. Der kleinere und leichtere Eee Pad Slider hat eine ausklappbare Tastatur, die man unter dem Tablet herauszieht. Beim größeren Transformer kann man Tastatur und Touchscreen sogar komplett auseinandernehmen. So steht dem Nutzer - ganz nach Bedarf - das Beste aus beiden Welten zur Verfügung. Die Preise stehen noch nicht fest.

Natürlich bleibt auch das Smartphone weiterhin auf dem Vormarsch. Wer seinen Vertrag bei der **Telekom** abschließt, erhält exklusive Apps und freut sich über mehr Speed: Bei Call & Surf Mobil werden die Daten jetzt fast zehnmal so schnell übertragen wie bisher: Mit bis zu 3,6 Mbit/s statt wie bisher mit höchstens 384 Kbit/s. Auch sonst gilt bei der Telekom: „more for less“: Pünktlich zur CeBit präsentiert der rosa Riese ein neues Tarifsystem für Business-Kunden, das mehr Leistung für weniger Geld bietet. Auch bei den Prepaid-Tarifen gibt es neue, günstigere Flats. Außerdem startet T-Systems gemeinsam mit Microsoft ein neues Cloud-Angebot: Das hört auf den schönen Namen „Dynamic Services for Collaboration“ und richtet sich an Großkunden aus Branchen wie Banken und Versicherungen, Automobil- und Zulieferindustrie sowie Energie.

Breitband flächendeckend

Auch **Vodafone** bietet pünktlich zur CeBIT mit „PC Backup PRO“ einen neuen Cloud-Service für Business-Kunden. Damit können kleine und mittlere Unternehmen ihre Daten preiswert und sicher online auf einem ISO-zertifizierten Rechenzentrum des international führenden Speicherspezialisten EMC² speichern. Insgesamt zehn Gigabyte Speicher und fünf Lizenzen kosten rund zehn Euro pro Monat.

Neben der Cloud ist der weitere Ausbau der Infrastruktur ein wichtiges Thema. Immer noch fehlt es in ländlichen Gebieten an Breitband-Internetverbindungen. Außerdem explodiert das Datenvolumen in den Mobilfunknetzen - vor allem wegen der immer beliebteren Smartphones. Die Lösung heißt LTE. Das steht für “Long Term Evolution” und ermöglicht ein besonders schnelles Internet per Funk. **Vodafone** hat vor allem in den bis-

Beim neuen ASUS-Transformer kann man Tastatur und Touchscreen sogar komplett auseinandernehmen. So steht dem Nutzer - ganz nach Bedarf - das Beste aus beiden Welten zur Verfügung

lang unterversorgten Gebieten in das neue Breitband-Internet investiert. Bis Ende März 2011 will **Vodafone** rund 1.500 Standorte damit versorgt haben, bis zum Ende des Jahres soll Breitband-Internet dann endlich in Deutschland flächendeckend verfügbar sein.

Wie in jedem Jahr gibt es auch im Bereich Freizeit zahlreiche Innovationen und Produkteinführungen - schließlich müssen auch Unternehmer mal entspannen. Ein Renner sind 3-D-Fernseher. Auch Fußballfans können ihren Lieblingssport nun hautnah miterleben: Kunden des TV-Angebots „Entertain“ bietet die **Telekom** mit „LIGA total!“ seit Januar ausgewählte Bundesligaspiele live und in 3D an. Allerdings braucht man dazu einen 3-D-fähigen Fernseher plus Brille.

Vielfältige Angebote zum Entspannung bietet auch die Karlsruher Firma **VideoWeb**, die Inhalte aus dem Internet fernsehgerecht aufbereitet. Neu in diesem Jahr ist der internetbasierte elektronische Programmführer, der im Vergleich zu herkömmlichen Lösungen wesentlich aktueller, mit Bildern versehen und besonders umfangreich ist. Außerdem ermöglicht der Receiver „600S“ Videotext, zeitversetztes Sehen, die Nutzung von Online-Angeboten der TV-Sender, Spielfilme zum Herunterladen und ständig neue Anwendungen, die automatisch und kostenlos upgedated werden. Alle Funktionen sind leicht per Fernbedienung anwählbar und sorgen so bei jedem HD-Fernseher für mehr Fernsehspaß.

Silke Becker

CeBIT
cebit.com
HANNOVER
1.–5. MÄRZ 2011

Besucherinfos CeBIT

Wie üblich findet die CeBIT auf dem Messegelände in Hannover statt. Geöffnet ist vom 1. bis 5. März 2011 täglich von 09.00 - 18.00 Uhr. Die Orientierung erleichtert eine neue, farblich abgesetzte Aufteilung in vier Ausstellungsbereiche: CeBIT pro (Business, blau), CeBIT life (Consumer, grün), CeBIT gov (Verwaltung und Gesundheitssektor, gelb) und CeBIT lab (Wissenschaft und Forschung, braun). An der Tageskasse kosten Tageskarten 39,00 Euro, Dauertickets 87,00 Euro. Im Vorverkauf wird’s günstiger: Hier zahlt man 34,00 bzw. 77,00 Euro. Besitzer des neuen Personalausweises erhalten kostenlosen Eintritt (Tageskarte). Tickets zum Selbstausdrucken gibt’s online unter www.cebit.de. Telefonische Kartenbestellung über die Hotline: 01805-000689 (14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, abweichende Tarife aus Mobilfunknetzen möglich). Alle Tickets gelten als Fahrausweise im öffentlichen Nahverkehr des Großraum-Verkehrs Hannover (GVH).

Existenzgründer und Leser des MittelstandsMagazins erhalten für eine Jahr eine eigene kostenlose Homepage von 1 & 1

Eine eigene Homepage im Handumdrehen

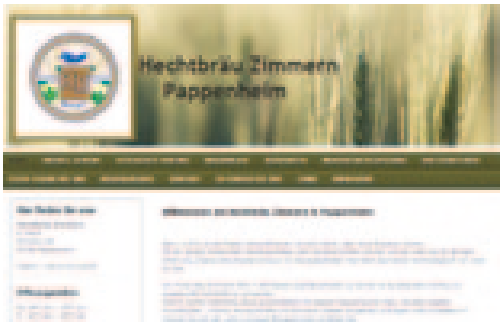
Laut Statistischem Bundesamt wurden von Januar bis September letzten Jahres fast 240.000 Kleinunternehmen neu gegründet. Allerdings sind nicht alle Neugründungen erfolgreich: Rund ein Viertel aller Gründer ist nach spätestens drei Jahren wieder aus dem Markt ausgeschieden – viele davon aus finanziellen Gründen. Um Existenzgründern den Sprung in die Selbstständigkeit zu erleichtern, hat die 1&1 Internet AG deshalb eine Gründerinitiative ins Leben gerufen und schenkt allen Start-Ups ein Jahr lang einen professionellen Internet-Auftritt mit der Do-It-Yourself Homepage.

Mit dem Startup-Angebot von 1&1 können Gründer ihre Firma noch bis Ende April schnell und ohne Programmierkenntnisse ins Netz bringen. Dazu stehen bei der Do-It-Yourself Homepage professionell gestaltete Inhaltsvorlagen für mehr als 180 Branchen zur Verfügung – von A wie Autohändler bis Z wie Zahnarzt. Dank der maßgeschneiderten Vorlagen genügen bereits wenige individuelle Angaben wie Firmenanschrift oder Telefonnummer und die Auswahl der gewünschten Internet-Adresse, um einen überzeugenden Online-Auftritt zu erstellen. Die Seitenstruktur, typische Rubriken sowie passende Bilder und viele Basistexte werden automatisch eingerichtet.

Stolz auf die selbstgebaute Seite

Braumeister Bernhard Hecht, 43, hat die Gründerinitiative genutzt, um seine neugegründete Brauerei im Internet zu präsentieren. „Mir war von Anfang an klar, dass heutzutage jede Firma eine Homepage braucht“, meint Hecht. Deshalb habe er sich verschiedene Homepage-Baukästen angeschaut, sich aber letztlich für die 1&1 Do-It-Yourself Homepage entschieden: „Die Professionalität, der Preis und die einfache Handhabung haben mich überzeugt“, sagt er. „Die Erstellung ging ratz-fatz, nach nur einem Tag hatte ich eine tolle Seite, auf die ich laufend angesprochen werde“, freut sich Hecht. „Die Leute fragen immer, von wem die Seite ist und können gar nicht glauben, dass ich die selbst gemacht habe.“

Alle Inhalte der Homepage lassen sich über einen Web-basierten Online-Editor so einfach wie ein Word-Dokument direkt im Browser bearbeiten. Statt die Dienste einer externen Designagentur in Anspruch zu nehmen und dafür unter Umständen viel Geld auszugeben, können Gewerbetreibende ihre Firmen-Webseite auf diese Weise selbst pflegen. Expertenwissen ist



dafür nicht erforderlich. Ein Klick auf die Computermaus – schon zeigen sich Layout, Hauptgrafik oder Schriftarten in neuer Optik. Insgesamt gibt es mehr als eine Million Gestaltungsvarianten, so dass keine Webseite aussieht wie die andere. Über ein persönliches Passwort ist der Zugriff von jedem Internet-fähigen PC der Welt aus möglich.

Auch Johannes Schmitt, 32, hat das Angebot genutzt und seine neue Filmproduktionsfirma ins Netz gebracht. „Das Internet ist heutzutage ein absoluter Werbeträger", sagt Schmitt. „Jeder schaut doch zuerst ins Internet und keiner blättert mehr in Branchenbüchern." Deshalb hat er sich verschiedene Homepage-Angebote angeschaut, darunter auch kostenlose. Die haben ihn allerdings nicht überzeugt, weil sie ihm nicht professionell genug waren. Als langjähriger 1&1-Kunde wurde Schmitt dann auf das Gründerangebot aufmerksam und hat die 1&1 Do-It-Yourself Homepage ausprobiert – kein Problem dank einer 30-tägigen kostenlosen Testphase.

Paket mit Mehrfachnutzen

Da die Daten zentral auf Servern in den Hochleistungs-Rechenzentren von 1&1 gespeichert werden, erübrigen sich aufwändige Datensicherungen. Und auch mit technischen Details müssen sich die Webseiten-Betreiber nicht weiter beschäftigen. Der Grund: Die Anzahl der erstellbaren Seiten ist ebenso unbegrenzt wie Speicherplatz und Übertragungsvolumen (Traffic). Existenzgründer können sich somit voll und ganz auf ihr Kerngeschäft konzentrieren – und müssen sich im ersten Jahr nicht einmal um die Kosten der Homepage Gedanken machen.

Neben praktischen Funktionen wie Besucherzähler oder Gästebuch enthält das 1&1 Startup-Paket auch eine umfassende Office Suite aus Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Präsentationsprogramm. Die Lösung ist mit allen gängigen Office-Formaten kompatibel und vollständig im Browser lauffähig, so dass berufliche Dokumente bei Bedarf auch außerhalb des Büros erstellt, gelesen, geändert oder gespeichert werden können. 1&1 richtet für jede in Verbindung mit dem Tarif registrierte E-Mail-Adresse (200 Postfächer sind gratis inklusive) einen Office-Account ein. Ohne teure Software-Lizenzen erwerben zu müssen, lässt sich so die komplette Belegschaft mit Online Office ausstatten.

Zu einer Unternehmens-Homepage finden Besucher oft über Suchmaschinen: Laut ARD/ZDF Online Studie 2010 nutzen mehr als 80 Prozent aller Internet-Nutzer Suchmaschinen. Wer in eine Suchmaschine aufgenommen werden möchte, muss sich anmelden. Im Prinzip reicht ein Eintrag bei den fünf bis zehn wichtigsten Anbietern vollkommen aus. Viele kleinere Dienste rufen nämlich ebenfalls deren geballtes Wissen ab.

Suchmaschinen-Optimierung

Für die Suchmaschinen-Optimierung sollte man wissen, dass Suchmaschinen keine Bilder, sondern Texte auslesen. Deshalb ist es ratsam, Schlagwörter festzulegen, unter denen die eigene Webseite im Netz gefunden werden soll. Die Häufigkeit der gewählten Begriffe auf der Homepage ist dabei genauso entscheidend wie deren Verteilung, weshalb neben dem Titel auch sämtliche Unterseiten aussagekräftig benannt werden. Bei der 1&1 Do-It-Yourself Homepage wird die Webseite automatisch so aufgebaut, dass sie von Anfang an für die Indizierung durch Suchmaschinen optimiert sind.

Die Schlagwörter werden im Quelltext der Online-Präsenz eingetragen und sind für das Auge des Besuchers unsichtbar. Idealerweise sollten sie zwischen sechs und zehn Prozent des Inhalts einer Homepage ausmachen. Aber Vorsicht: Wenn die Schlagwort-Dichte zu hoch ist, bewerten Suchmaschinen die Homepage unter Umständen negativ und zeigen sie nicht an. Bei der Auswahl der Schlüsselwörter sollten sich Webseiten-Betreiber die Verbraucherbrille aufsetzen. Denn potentielle Kunden suchen oft nach anderen Begriffen als branchenintern üblich sind. Einfluss auf die Suchmaschinen-Position hat darüber hinaus die Beliebtheit einer Homepage. Wird die eigene Webseite häufig auf anderen Webseiten verlinkt, gilt das als Indiz für deren inhaltliche Relevanz. Konsequenz: Man klettert im Ranking.

Ein großer Pluspunkt von Online-Marketing ist, dass der Erfolg der Werbemaßnahmen deutlich gemessen werden kann. Der Grund: Jeder einzelne Klick kann erfasst werden. Webstatistik-Programme wie WebAnalytics, das bereits standardmäßig in die 1&1 Do-It-Yourself Homepage integriert ist, geben Auskunft darüber, zu welchen Zeiten sich Besucher auf der Homepage aufgehalten und wie sie sich dort verhalten haben. Zusätzlich wird oft angezeigt, über welche Suchmaschinen oder Suchbegriffe Besucher auf die Seite geführt wurden und in welcher Region Deutschlands sie beheimatet sind. Auf Basis einer solchen Angabe lassen sich die Marketingmaßnahmen gezielt analysieren – und die eigene Homepage kann noch erfolgreicher werden.

EIN GESCHENK FÜR UNSERE LESER

Für die Leser des Mittelstandsmagazins gilt ein ganz besonderes Angebot. Alle, die im März eine 1&1 Do-It-Yourself Homepage bei 1&1 bestellen, können an der Gründerinitiative teilnehmen – ganz egal, seit wann ihr Geschäft besteht. Als Nachweis genügt eine Kopie dieses Kastens.

Info: www.1und1.info/gruender

Mittelständler beklagen das TV-Firmengeflecht

UNTER DEM DACH DER ARD UND IHRER ANSTALTEN BESTEHT EIN KONZERN VON 124 FIRMEN

Foto: NDR

*Von Franz Clahsen **

Das duale System im Fernsehen und Hörfunk in Deutschland hat sich im Großen und Ganzen bewährt. In den letzten Jahren hat sich jedoch eine immer größere Ungleichgewichtigkeit zu Lasten der privaten Programmanbieter und zu Gunsten der Öffentlich-Rechtlichen ergeben. Mit Einnahmen von über 8 Milliarden Euro im Jahr (7,3 Milliarden Gebühren) verfügen die öffentlich-rechtlichen Sender über ungleich höhere Etats als die privaten. Bei Unterhaltungsprogrammen, auch im Spielfilmeinkauf und vor allem bei den attraktiven Sportrechten schaffen die öffentlich-rechtlichen Sender es immer wieder, die privaten durch ihre Finanzkraft zu überbieten.

Deutschland leistet sich das teuerste Fernsehen der Welt, aber keineswegs das Innovativste: In der Digitalisierung nimmt Deutschland allenfalls einen Mittelplatz ein, weit hinter Großbritannien oder den USA. Von Südkorea oder Japan ganz zu schweigen. Deutsche Innovationen, deutsche Programme und deutsche Programmformate werden nur in geringem Maße exportiert. Angesichts des hohen Mitteleinsatzes wäre eigentlich anderes zu erwarten.
In Deutschland werden TV Programme zu teuer produziert. Sie werden auch ohne Berücksichtigung anderer Märkte und eventueller Exporterfolge hergestellt. Zudem ist das duale System durch eine immer stärker werdende „Kommerzialisierung" der öffentlich-rechtlichen Sender in eine beträchtliche Schieflage geraten.

124 Firmen mit ARD-Beteiligung

Die öffentlich-rechtlichen Sender verfügen über ständig wachsende kommerzielle Töchter. Sie sind zum Teil aus den Werbetöchtern entstanden, deren Aufgabe es ursprünglich war, Werbung zu akquirieren und Gewinne zur Refinanzierung des Programms zu erwirtschaften. Daraus ist ein Geflecht von kommerziellen Firmen entstanden. Die meisten dieser Firmen sind in irgendeiner Weise mit der Produktion, der Programmbeschaffung oder dem Programmvertrieb befasst. Die KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) nennt 124 Firmen, an denen ARD-Anstalten mit mindestens 50 Prozent beteiligt sind. Deren Umsatz liegt bei etwa 1,3 Milliarden Euro im Jahr.
Diese seit Jahren wachsende Kommerzialisierung des öffentlich–rechtlichen Rundfunks führt in der Film- und Fernsehproduktion zu dem, was der STERN ein „abgeschottetes System" nennt: „Offiziell unterliegt die Filmproduktion in Deutschland der Marktwirtschaft. In Wahrheit gibt es nur wenig Wettbewerb, denn die Sender vergeben die meisten Produktionen an Firmen, die ihnen selbst gehören. Nicht nur die Gelder wandern hin und her, auch das Personal."
Bis heute ist aktuell, was am 9.01. 2004 Gerhard Schmidt vom Film & Fernsehproduzentenverband NRW im Medienausschuss des Landtags von NRW formulierte:
„Eine weitere Bedrohung besteht in der ausufernden Auftragsvergabe der Sender an ihre Produktionstöchter. Nach einer Studie soll der Prozentsatz dieser Aufträge bei 50 Prozent liegen, die ARD meldet stolz, sie vergäbe nur 30 Prozent. Für uns sind beide Prozentsätze alarmierend. Warum nicht auch für das Kartellamt....Wenn in der Filmkulturwirtschaft nach Darwinschen Gesetzen nur der Stärkste überlebt, sind die Tage des Mittelstands gezählt."

Verflechtungen überprüfen

Aus Anlass des Falles Doris Heinze, der früheren Fernsehfilmchefin des NDR, hat der BUNDESVERBAND DER FERNSEH- UND FILMREGISSEURE ein Thesenpapier formuliert, in dem es u.a. heißt: Die „krakenhafte Ausdehnung öffentlich-rechtlicher Anstalten mit weitreichenden horizontalen Verflechtungen durch Gründung von Tochterfirmen, vor allem in den Bereichen Produktion, Technik und Rechtehandel, gehört jetzt auf den Prüfstand."
Nach geltendem Rundfunkstaatsvertrag befindet sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen kommerziellen Tochterunternehmen nicht mehr im rechtsfreien Raum. Die Gründung solcher Unternehmen ist ausdrücklich erlaubt (§16 a). Allerdings haben sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten „bei den Beziehungen zu ihren kommerziell tätigen Tochterunternehmen marktkonform zu verhalten".
Ob dies bei der engen personellen und beziehungsmäßigen Verflechtung zwischen Anstalten und ihren kommerziellen Töchtern wirklich gewährleistet ist, darf bezweifelt werden. Das Auftragsvolumen des öffentlich–rechtlichen Rundfunks in Deutschland liegt allein im fiktionalen Bereich bei etwa einer Milliarde Euro. Geschieht die Auftragsvergabe wirklich transparent und marktkonform? Wie berechtigt diese Frage ist, zeigen einige Beispiele:

Beispiel NDR

Der Norddeutsche Rundfunk in Hamburg hat eine 100-Prozent-Tochter, die NDR Media. Sie ist alleinige Gesellschafterin der Studio Hamburg GmbH. Unter diesem Dach werden insgesamt 49 Firmen der Bereiche Produktion & Distribution, Atelier & Technik sowie Consulting und Services gesteuert. Studio Hamburg nennt sich selbst „Deutschlands größtes Dienstleistungsunternehmen

Acht Milliarden nehmen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Jahr ein. Hinzu kommen die Umsätze der Firmen, an denen sie beteiligt sind.Obige Abbildungen stellen nur eine unvollständige Auswahl dar

Politiker sind mit den Sendern ähnlich verflochten wie die Sender mit ihren 124 Tochterfirmen

rund um den Film". Die Tochterunternehmen sind praktisch auf ganz Deutschland verteilt. Der „Verflechtungsplan" der Studio Hamburg GmbH zeigt, dass zu dieser Gruppe u.a. so renommierte Unternehmen wie Studio Hamburg Produktion, Polyphon, Studio Berlin Adlershof , Cinecentrum oder Studio Hamburg Media Consult International gehören.
Der Geschäftsführer der Studio Hamburg GmbH ist gleichzeitig Geschäftsführer der Muttergesellschaft NDR Media. Zwischen dem öffentlich-rechtlichen NDR und seinen diversen Tochterunternehmen gibt es eine enge, auch personelle Verzahnung. Aufsichtsratsvorsitzender der Studio Hamburg GmbH ist der Intendant des NDR. Im Aufsichtsrat sitzen Direktoren oder ehemalige Direktoren des NDR, Vertreter der Landesregierungen von Mecklenburg–Vorpommern und Schleswig – Holstein sowie der Geschäftsführer der Degeto. Die Degeto GmbH ist die zentrale Filmeinkaufsgesellschaft der ARD. Sie ist zugleich für die Vergabe von fiktionalen Auftragsproduktionen für bestimmte Programmplätze im Ersten zuständig. Die Degeto verfügt über einen Jahresetat von etwa 400 Millionen EURO.
Hauptauftraggeber der Studio Hamburg Gruppe sind mittelbar oder unmittelbar öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Durch die personellen Verzahnungen, traditionellen Verbindungen und die Verschachtelungen der einzelnen öffentlich-rechtlichen Tochterfirmen scheint etwa bei großen Produktionen ein objektives Vergabeverfahren nicht mehr gewährleistet zu sein. Aufgrund der fehlenden Konkurrenz ist auch die innovative Leistung eher eingeschränkt.

Beispiel BAVARIA

Nach Studio Hamburg ist der zweitgrößte TV-Produktions- und Dienstleistungsanbieter in Deutschland die Bavaria Film GmbH in München. Sie ist nicht zu 100 Prozent, sondern zu mehr als 80 Prozent im Besitz öffentlich-rechtlicher Tochterunternehmen. Zur Bavaria Gruppe gehören über 40 Unternehmen aus dem Medienbereich.
Die Bavaria Film GmbH in München bezeichnet sich selbst als „eines der größten und traditionsreichsten Medienunternehmen in Europa." Die Bavaria Film hat sich nach eigenen Angaben „mit ihren mehr als 20 Tochter- und Beteiligungsfirmen an den wesentlichen Medienstandorten im deutschsprachigen Raum zu einer weltweit operierenden Produktions- und Dienstleistungsgruppe entwickelt, die alle Segmente der audiovisuellen Industrie erschließt".
Anteilseigner der Bavaria Film GmbH sind die WDR Mediagroup (33,35 %), die SWR Holding GmbH (16,67 %), die Bavaria Filmkunst GmbH (16,67 %), die im Besitz des Freistaates Bayern befindliche LfA – Gesellschaft für Vermögensverwaltung (16,67 %) sowie der Drefa Media Holding (16,64 %), eine Tochter des MDR. Aufsichtsratsvorsitzender der Bavaria Film GmbH ist der ehemalige stellvertretende Intendant des WDR. Mitglieder des Aufsichtsrats sind u.a. die Intendanten des Bayerischen Rundfunks, des Südwestdeutschen Rundfunks sowie des Mitteldeutschen Rundfunks.
Die Bavaria Film GmbH hat ausweislich des eigenen Orgaplanes 35 Tochtergesellschaften. Besonders interessant ist, dass sie gemeinsam mit Töchtern der jeweiligen Landesrundfunkanstalten am Sitz der Sender Produktionsfirmen gegründet hat: Postdam/Berlin: Askania Media; Leipzig/Erfurt: Saxonia Media; Saarbrücken: Pro Saar; Köln: Colonia Media; Stuttgart: Maran Film; Bremen: Bremedia.
Sinn dieser diversen Gründungen an unterschiedlichen Standorten ist es, einen Großteil der fiktionalen Auftragsproduktionen der jeweiligen Landesrundfunkanstalten von diesen Tochterfirmen herstellen zu lassen. Räumliche Nähe und personelle Verzahnungen schaffen ein nahezu undurchschaubares Beziehungsgeflecht. Hinzu kommt die Nähe zur staatlichen Film- und Fernsehförderung. Da die Filmförderung standortgebunden ist, macht die lokale Diversifizierung auch in dieser Beziehung Sinn.

Staatliche Filmförderung öffentlich-rechtlich dominiert?

Besonders auffällig ist diese Nähe zwischen Sender und Produktionstochter beim MDR in Leipzig: Die Saxonia Media produziert u.a. sämtliche Tatorte, Polizeirufe, die ARD-Serie „In aller Freundschaft" sowie die Kinderserie „Schloss Einstein". Das Auftragsvolumen allein für diese Produktionen dürfte bei weit über 30 Millionen € im Jahr liegen. Den öffentlich-rechtlichen Sendern wird vorgeworfen, dass sie auch die staatliche Filmförderung der Bundesländer stark dominieren. Ihre Vertreter sitzen in allen Vergabeausschüssen und dominieren diese auch zum Teil.
Ein besonderes Beispiel ist die nordmedia in Niedersachsen/Bremen. Studio Hamburg hat eigens zur Produktion der ARD Trivialserie „Rote Rosen" in Lüneburg vor den Toren Hamburgs eine Tochtergesellschaft gegründet, die Studio Hamburg Serienwerft Lüneburg GmbH. Die wenigen Aussendrehs dieser Serie kommen aus Lüneburg. Sinn dieses Standorts im Norden von Niedersachsen ist aber vor allem, Fördermittel der nordmedia abzugreifen. Allein in die Serie „Rote Rosen" flossen bisher über 4 Millionen Fördermittel aus Hannover. Zum Start der Serie freute sich der Geschäftsführer der nordmedia öffentlich, „dass es gelungen ist, eine solche Serie nach Niedersachsen zu holen". Auch der Tatort aus Hannover mit Kommissarin Lindholm – auch eine Studio Hamburg Produktion - wurde bislang mit weit über einer Million Euro über die nordmedia gefördert. Da überrascht es dann nicht mehr, dass die

nordmedia selbst für die NDR-Sendung „Kühn + Kollegen – Das NDR-Team kämpft für Sie“ fast 800.000 Euro als Produktionskostenzuschuss bewilligt hat.
Nebenher sei bemerkt, dass der NDR den größten Teil seiner Gebühren aus dem Bundesland Niedersachsen erhält und er deshalb geradezu verpflichtet ist, auch in diesem Land zu produzieren – ohne Hilfe der Filmförderung.

Medienmischkonzerne

Das Ursprungskapital der öffentlich-rechtlichen Tochtergesellschaften stammt aus Gebührenmitteln oder nicht abgeführter Kapitalverzinsung. Kritiker werfen den kommerziellen öffentlich-rechtlichen Töchtern deshalb vor, dass durch sie eine Ungleichgewichtigkeit im Markt entsteht, weil sie im Gegensatz zur wirklich privaten Konkurrenz das eingesetzte Kapital nicht oder nur in geringem Maße zu verzinsen brauchen.
Die öffentlich-rechtliche Ursprungsidee ist weit von der der Wirklichkeit der öffentlich-rechtlichen Medienmischkonzerne entfernt. Unter dem Aspekt der Medienwirklichkeit von heute ist deshalb eine Neudefinition des Öffentlich-Rechtlichen unabhängig von der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes dringend erforderlich. Es fragt sich, inwieweit das duale System in dieser Form überhaupt noch verteidigungswert ist.
Im Zusammenhang mit dem Fall Heinze hatte der NDR-Intendant größtmögliche Transparenz auch im Vergabeverfahren der öffentlich-rechtlichen Sender zugesagt. Die Causa Heinze ist durch einen arbeitsrechtlichen Vergleich „gelöst“ worden. Von der versprochenen „größtmöglichen Transparenz“ ist bislang noch nichts zu bemerken.

Viele Fragen, keine Antworten

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird von den Bürgern dieser Republik mit 7,3 Milliarden Euro an steuerähnlichen Gebührengeldern mit steigender Tendenz alimentiert. Sie haben einen Anspruch auf Durchschaubarkeit. Sie haben auch einen Anspruch darauf, dass verantwortungsbewusster mit ihren Gebühren umgegangen wird. Das unübersehbare Beziehungsgeflecht ist zu entwirren. Deshalb verlangen folgende Fragen eine Antwort:

- Wie hoch sind die Volumina der Produktions- und Dienstleistungsaufträge der öffentlich–rechtlichen Rundfunkanstalten? Welcher Anteil davon geht an kommerzielle Tochtergesellschaften?
- Wie läuft das Vergabeverfahren ab? Gibt es ein geregeltes Ausschreibungsverfahren?
- Welche zusätzlichen Aufsichtsratsmandate haben Intendanten und Direktoren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei ihren Tochtergesellschaften inne? Wie hoch sind die Bezüge, die sie zusätzlich erhalten? Gibt es eine Verpflichtung, diese Bezüge abzuführen?
- In welcher Höhe erhalten öffentlich-rechtliche Anstalten oder ihre Tochtergesellschaften zusätzlich zum Gebührenaufkommen Subventionen für Produktionen oder andere Aktivitäten aus öffentlichen Töpfen?
- In welcher Höhe führen die Tochtergesellschaften der öffentlich-rechtlichen Sender Gewinne an ihre Muttergesellschaften ab? Wie hoch ist die Verzinsung des eingesetzten Kapitals der Muttergesellschaften?
- Wie hoch sind die Erlöse aus Programmverkäufen? Was führen die „Verwertungstöchter“ ab?

Wichtig erscheint eine kartellrechtliche Überprüfung der Beziehung zwischen öffentlich-rechtlichen Sendern und ihren diversen Tochtergesellschaften. Um das Konzept des Öffentlich-Rechtlichen aufrechtzuerhalten, erscheint eine Trennung der Sender von ihren kommerziellen Aktivitäten erforderlich.
Eine Privatisierung der Tochtergesellschaften hätte eine marktgerechtere Entwicklung zur Folge. Zugleich gäbe es wieder Chancengleichheit für andere, insbesondere mittelständische Medienunternehmen.
Im Falle einer Privatisierung würden die Verkaufserlöse den öffentlich-rechtlichen Mutteranstalten zufallen. Sie könnten aber auch die Möglichkeit schaffen, Gebührenerhöhungen um Jahre hinauszuschieben.
Hier sind abermals die deutschen Landespolitiker gefragt, denn Rundfunk – und damit auch die Rundfunkgebühren – sind Ländersache. Die Vergangenheit hat leider immer wieder gezeigt, dass die Öffentlich-Rechtlichen sich auf „ihre“ Landespolitiker verlassen können. Denn eine enge personelle Verflechtung besteht auch hier: Politiker sitzen als „Aufseher“ in diversen Gremien der Rundfunkanstalten, erhalten Aufwandsentschädigung und Vergünstigungen. Das Wichtigste aber: Welcher Landespolitiker legt sich schon mit seinem Heimatsender an? Hier wird vielfach Aufsicht durch Abhängigkeit verwechselt.

** Der Autor ist profunder Kenner und Analyst der deutschen Medien-Szene*

Foto: dpa picture alliance

Private Film-Produktionsfirmen sehen mit großer Sorge, wie die öffentlich-rechtlichen Firmen in ihrer Marktmacht immer weiter zunehmen

Volkswagen belohnt Ihre Selbstständigkeit:

Professional Class fahren – Kosten sparen.

Gute Neuigkeiten für alle Selbstständigen: Mit unserer Professional Class bekommen Sie viel Mobilität für wenig Geld! Denn unabhängig von der Finanzierungsform sichern Sie sich für nahezu jeden neuen Volkswagen Pkw eine attraktive Prämie. Beim GeschäftsfahrzeugLeasing können Sie außerdem starke Service-Module ganz nach Ihrem individuellen Bedarf dazubuchen. Wie wäre es zum Beispiel mit der Wartung und Verschleiß-Aktion? Oder dem Reifen-*Clever*-Paket?

Weitere Informationen zu unseren Angeboten sowie der kostenlosen Europa Tank & Service Karte *Bonus* erhalten Sie unter www.volkswagen.de/selbststaendige oder bei Ihrem Volkswagen Partner. Profitieren Sie von Preisvorteilen von bis zu 50 Prozent gegenüber den Normaltarifen. Und steigen Sie jetzt ein: **Ein kluges Konzept für kluge Köpfe.**

Professional Class
Volkswagen für Selbstständige

Das Auto.

Für alle Selbstständigen und Gewerbetreibenden ohne Großkundenvertrag. Das **Reifen-**Clever**-Paket** ist nicht verfügbar für Sharan, Touareg, Passat CC, Phaeton und die Ausstattungslinie Highline beim neuen Passat/Passat Variant.

Das neue Handwerker-Auto besticht durch seine Funktionalität

Der neue VW-Caddy trumpft mit neuen Ausstattungsmerkmalen auf

Mit dem **Caddy Maxi Kastenwagen** schließt Volkswagen Nutzfahrzeuge den Kreis zum Transporter. 800 Kilogramm Zuladung und ein Stauraumvolumen von 4.200 Litern erinnern an die Daten des legendären Bulli – den Vater des Transporters. 103 kW (140 PS) und ein maximales Drehmoment von 320 Newtonmeter sind dagegen Zahlen moderner Dieseltechnologie. Der Caddy Maxi Kastenwagen wurde gezielt für alle Handwerker, Kurierdienste und Dienstleister konzipiert, die in erster Linie eine sehr große Ladekapazität benötigen. Er ist gegenüber seinem kleineren Bruder um 47 Zentimeter länger. Das Wachstum sieht im Detail wie folgt aus: plus 151 Millimeter Überhang hinten, plus 319 Millimeter zwischen den Schiebetüren und der Hinterachse. Der Radstand misst 3002 Millimeter.

Zum Serienumfang zählen unter anderem Nebelscheinwerfer, eine Wärmeschutzverglasung und die rechte Schiebetür im Fond, die mit einer Breite von 700 Millimetern ein bequemes Be- und Entladen ermöglicht. Wahlweise kann der Caddy Maxi zudem mit einer nach oben öffnenden Heckklappe oder einer 1/3 zu 2/3 geteilten Hecktür bestellt werden. Mit 4.200 Litern Ladekapazität ist der Caddy Maxi eines der größten Modelle unter den kompakten Kleintransportern. Zudem sind eine Zuladung von 800 Kilogramm und eine je nach Innenraumkonfiguration bis zu 2.250 Millimeter lange Ladefläche (mit Variotrennwand 3.070 mm) Rekordwerte in diesem Segment. Hinter dem Fahrer- und Beifahrersitz befindet sich eine massive Trennwand. Diese ist wahlweise massiv durchgängig oder mit einem Fenster im oberen Sichtbereich verfügbar.

Zum optimalen Blick auf die Armaturen und für ein sicheres Handling kann das Lenkrad serienmäßig in Höhe und Neigung eingestellt werden. Optional gibt es ein Multifunktionslenkrad, das die Bedienung von Radio, Navigationssystem und Telefon ermöglicht. G. K.

Ein Kompakter mit Vollhybrid-Technik

Mit dem **Auris Hybrid** erschließt Toyota Käufern von Kompaktwagen in Europa erstmals das außergewöhnlich kultivierte, komfortable und geräuscharme Fahrerlebnis der umweltverträglichen Vollhybrid-Technik. Um das Potenzial des Toyota-Vollhybridantriebs in vollem Umfang umzusetzen, nahmen die Konstrukteure im Vergleich zum kürzlich präsentierten neuen Auris nochmals zahlreiche Änderungen an der Karosserie, dem Fahrwerk und der Lenkung des Auris Hybrid vor.

Um die Hochleistungsbatterie des Hybridantriebs unter dem Gepäckraum zu platzieren, erhielt der Auris Hybrid eine neu konstruierte mittlere Bodengruppe. Die so erzielte Anordnung der Batterie kommt den Platzverhältnissen im Innenraum zugute und ermöglicht ein Gepäckraumvolumen von 310 Litern. Fahrwerk und Lenkung des Auris Hybrid wurden in Japan und Europa abgestimmt, um Fahrkomfort und Handling insbesondere mit Blick auf das anspruchsvolle europäische Publikum weiter zu verbessern. Sein Fahrverhalten ist geprägt von souveräner Stabilität auch bei hoher Geschwindigkeit, Zielgenauigkeit und herausragendem Fahrkomfort.

Um die durch die Hochleistungsbatterie im Heck geänderte Gewichtsverteilung zu kompensieren, erhielt der Auris Hybrid zudem vorn und hinten neu abgestimmte Stoßdämpfer für optimalen Fahrkomfort.

Im Verbund mit zahlreichen aerodynamischen Karosseriedetails, die darauf ausgelegt sind, den Kraftstoffverbrauch nochmals zu senken und die Windgeräusche bei hoher Geschwindigkeit weiter zu minimieren, entschieden sich die Entwickler beim Auris Hybrid für eine Tieferlegung der Karosserie um fünf Millimeter. Hiervon profitieren sowohl die Aerodynamik als auch die Hochgeschwindigkeitsstabilität.

Im Ergebnis setzt der Auris Hybrid neue Maßstäbe in Sachen Geräusch- und Vibrationsdämpfung, so dass seine Insassen bei jeder Geschwindigkeit eine außergewöhnlich entspannende Innenraum-Atmosphäre genießen. G. K.

Der neue Toyota Auris Hybrid setzt neue Maßstäbe in seiner Klasse

AUTO-TEST

Hocheffizient – der neue Audi Q7 3.0 TDI quattro

Dieser große SUV beschleunigt in 9,1 Sekunden von null auf 100 km/h. Seine Höchstgeschwindigkeit liegt in der Version mit der optionalen Luftfederung bei 205 km/h, mit der Stahlfederung sind es 202 km/h

Audi hat seine Q7-Familie um ein neues, besonders effizientes Modell erweitert. Der Q7 3.0 TDI mit 150 kW (204 PS) verbraucht auf 100 km im Mittel nur 7,2 Liter Diesel – der Bestwert im direkten Wettbewerbsumfeld. Dabei treibt der 3,0 Liter-V6 den großen SUV kraftvoll und kultiviert an. Die Achtstufen-tiptronic und der permanente Allradantrieb quattro runden den komfortablen Antrieb ab.

Der neue V6-TDI im Q7 ist ein Hightech-Motor. Sein Gewicht liegt deutlich unter der 200 Kilogramm-Marke, die innere Reibung ist mit hohem Aufwand minimiert. Das innovative Thermomanagement – ein neues Feature bei vielen Audi-Motoren – ist beim 3.0 TDI besonders komplex: Das Kurbelgehäuse und die Zylinderköpfe haben voneinander getrennte Kühlwasserkreisläufe; in der Warmlaufphase wird das Kühlmittel im Block nicht umgewälzt. Die Common Rail-Anlage mit ihren schnell schaltenden Piezo-Injektoren baut bis zu 2.000 bar Einspritzdruck auf; der Turbolader und die Steuerzeiten der Nockenwellen sind auf maximale Effizienz optimiert. Ein Start-Stop-System deaktiviert den Motor im Stillstand, ein Rekuperationssystem – Serie in der ganzen Baureihe – gewinnt beim Verzögern Energie zurück.

Die EU 5-Einstufung für das neue Einstiegsmodell der Q7-Familie ist genauso selbstverständlich wie der niedrige Verbrauch. Im Mittel benötigt er 7,2 Liter pro 100 km, ein CO_2-Äquivalent von 189 Gramm pro km – kein anderer großer SUV einer europäischen Marke liegt so niedrig. Der Effizienz-TDI leistet 150 kW (204 PS). Sein maximales Drehmoment steht schon fast vom Leerlauf an bereit – die 450 Nm bleiben zwischen 1.250 und 2.750 1/min konstant.

Der Q7 3.0 TDI mit 150 kW (204 PS) hat die gleiche Kraftübertragung an Bord wie alle Modelle der Baureihe. Die neue, effiziente Achtstufen-tiptronic mit ihrer großen Gesamtspreizung leitet die Kräfte auf den permanenten Allradantrieb quattro, der sportlich-heckbetont ausgelegt ist. Doppelquerlenker aus Aluminium führen alle vier Räder, das Fahrwerk vermittelt hohe Agilität und Stabilität. Ein Offroad-Modus und ein Bergabfahrtassistent unterstützen den Fahrer im Gelände.

Der Innenraum des 5,09 Meter langen Q7 bietet dank 3,00 Meter Radstand Platz in Hülle und Fülle, Audi liefert ihn mit fünf, sechs oder sieben Sitzen. Der Gepäckraum bietet bis zu 2.035 Liter Volumen. Zur Serienausstattung des neuen Einstiegsmodells gehören eine Zweizonen-Komfortklimaautomatik, ein Fernlichtassistent und das Bediensystem MMI Radio.

Unter den Optionen finden sich Klimakomfortsitze, ein Panorama-Glasdach, eine elektrische Heckklappe und ein Schienen-Fixierset fürs Gepäck. Hochentwickelte Fahrerassistenzsysteme und ein System topmoderner Infotainment-Bausteine runden das Angebot ab.

Trotz der großzügigen Ausstattung kostet das neue Einstiegsmodell in die Baureihe in Deutschland nur 51.800 Euro. Mit diesem Grundpreis unterbietet der Q7 alle direkten Wettbewerber.

Unser Fazit: Ein Wahnsinnsauto, das, zumal in der Top-Ausstattungsvariante, die uns Audi zum Testen überließ, keine Wünsche offen lässt. Ein Auto für Mittelständler – auf jeden Fall! Doch dann schieden sich in der Redaktion die Geister: Den meisten Männern war das Auto, vor allem im Stadtverkehr, einfach zu groß, in (deutschen) Parkhäusern bereitet das Rangieren erhebliche Mühe. Die Frauen hingegen waren mit dem Q7 auf Anhieb vertraut, wollten sich kaum trennen und lobten und liebten die Überlegenheit und Sicherheit, die dieser große SUV, gepaart mit allem möglichen Komfort, ihnen bietet. Der Kompromiss liegt auf der Hand: Mittelständler, die vorwiegend im Überlandverkehr unterwegs sind, machen beim Kauf dieses Autos nichts falsch.

Günter Kohl

Halleluja, die Nonnen sind da

Umjubeltes Musical *Sister Act* in Hamburg

Whoopi Goldberg (rechts) und ihr „Double“ in dem nach dem Film benannten Hamburger Musical „Sister Act“, Zodwa Selele, eine in Hof geborene Südafrikanerin

Mit minutenlangen Standing Ovations feierten die Musical-Besucher Anfang Dezember die Deutschlandpremiere von *Sister Act – Ein himmlisches Musical* im TUI-Operettenhaus auf der Hamburger Reeperbahn. Neben fast 1.400 begeisterten Gästen hielt auch Co-Produzentin und Hollywoodstar Whoopi Goldberg nach der Zugabe nichts mehr auf dem Sitzplatz: „Die Show war fantastisch. Zodwa Selele ist einfach überragend, der Hammer! Mit der gesamten Truppe hat sie dafür gesorgt, dass *Sister Act* in Hamburg ein Riesenspaß ist.“

Seitdem ist die Nachfrage nach Karten ungebremst. Die Musicalstadt Hamburg hat eine neue, mitreißende Attraktion. Auch andere Prominente aus Kultur, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung waren von der ersten internationalen Eigenproduktion von Stage Entertainment hingerissen: Die fast dreistündige Show wird immer wieder von Szenenapplaus begleitet, die Vorstellung und das gesamte Ensemble werden vom Publikum euphorisch gefeiert. Die Reaktionen seit dem Start sind überwältigend. Schauspielerin Katja Flint schwärmte: „Es hat mir sehr gut gefallen! Perfektes Entertainment“. Fußball-Nationalspieler Dennis Aogo und seine bildhübsche Freundin Alessia Walch genossen die Vorstellung „im Kloster“: „Großartig! Ich bin von der hoch professionellen Umsetzung und Performance total begeistert!“, so der HSV-Spieler. Jörg Pilawa: „Ich bin mit einem riesengroßen Grinsen hier raus gegangen. Die Besetzung ist perfekt und es stimmt einfach alles!“ und auch Susan Sideropolous war rundum begeistert und freute sich über „die toll besetzen Charaktere“. Sänger und Entertainer Ross Antony schloss sich dem Lob an: „Man hat ab der ersten Minute sehr viel Spaß! Und Deloris-Darstellerin Zodwa Selele ist ein Glücksgriff“. Auch Profiboxerin Regina Halmich hatte himmlischen Spaß: „Ganz toll! Es ist wirklich großartig, dass alle Darsteller den Charakteren aus dem Film so ähnlich sind.“ Mirja Du Mont war „völlig geflasht“: „Das Mädel (Anm.: Hauptdarstellerin Zodwa Selele) ist ein absoluter Traum, sie hat soviel Feuer im Hintern. Ich bin völlig fasziniert. Das wird ein Hit, da bin ich mir sicher.“

Schwester in Nöten

Sister Act erzählt, analog zum gleichen, mehrteiligen Film mit Whoopi Goldberg, die Geschichte der zielstrebigen, aber nicht besonders erfolgreichen Nachtclubsängerin Deloris van Cartier. Als diese Zeugin eines Mordes wird, nimmt die Polizei Deloris in Schutzhaft und bringt sie an den einzigen Ort, der wirklich Sicherheit bieten sollte: ein Kloster! Als Nonne verkleidet findet sie schnell Fans unter ihren Mitschwestern – nur die strenge Mutter Oberin ist so gar nicht begeistert von der neuen Klosterschülerin. Aber Deloris ist niemand, der einfach nur still sitzen und warten kann. Ihr Leben ist Musik, und ohne Gesang geht es nun mal nicht. Also hilft sie kurzerhand dem etwas verstimmten Chor des Klosters auf die Notenschlüssel und sorgt dafür, dass statt der schwachen Nonnenstimmchen ein wahrhaft göttlicher Choral ertönt. Ganz nebenbei verhilft Deloris gemeinsam mit ihren Mitschwestern der baufälligen Kirche wieder zu neuem Glanz – und riskiert dabei, ihre Undercover-Tarnung zu verraten. Die Gangster nehmen die Verfolgung auf und sind ihr schon bald dicht auf der Fährte. Läuft Deloris Zeit ab? Oder hat die Bande die göttliche Kraft einer Schwesternschaft unterschätzt?

www.musicals.de

ZODWA SELELE

Die Hauptdarstellerin in „Sister Act“ wurde in Hof geboren und absolvierte später zunächst eine Ausbildung als Wirtschaftskorrespondentin, bevor sie ihre Liebe für Tanz und Gesang entdeckte. Mittlerweile hat sie einen Diplom-Abschluss als Musicaldarstellerin und spielte in Hamburg im „König der Löwen“ die Hauptdarstellerin Nala. Whoopi Goldberg persönlich wählte sie für die Rolle der Deloris in „Sister Act“ aus.

Emil Nolde, Himmel und Meer, 1930, Copyright Nolde Stiftung Seebüll

Nolde + Schumacher
Verwandte Seelen

WERKE EXPRESSIONISTISCHER KÜNSTLER IN BERLIN

Die Berliner Dependance der Nolde Stiftung Seebüll zeigt bis zum 19. Juni 2011 die Ausstellung „Nolde/ Schumacher - Verwandte Seelen“. Die in Zusammenarbeit mit der Emil Schumacher Stiftung in Hagen erarbeitete Ausstellung spannt einen Bogen von Noldes expressionistischen Landschaften und Meeren bis hin zu den gestisch gewachsenen Seelenlandschaften Emil Schumachers und beleuchtet damit zum ersten Mal die visuelle Verbindung zwischen Expressionismus und Abstraktem Expressionismus im Werk zweier ihrer größten Meister.

Im August 1987 besuchte der fast 75-jährige Maler Emil Schumacher (1912-1999) die Nolde Stiftung Seebüll an der dänischen Grenze, nahe der Nordsee. Zunächst fanden das äußere Lebensschicksal Emil Noldes (1867-1956) sowie die pragmatische Seite der Stiftung, die der Maler gemeinsam mit seiner Frau Ada in seinem Testament von 1946 begründet hatte, auffallend das Interesse von Emil Schumacher, vielleicht vor dem Hintergrund eigener Pläne. Beim Gang durch die Ausstellung in Noldes ehemaligem Wohn- und Atelierhaus Seebüll erinnerte er mit großem Ernst daran, was diese Malerei für die Künstler seiner Generation in der Ausbildung der eigenen Kunstauffassung und der Entwicklung der persönlichen Bildsprache bedeutet habe.

Emil Nolde und Emil Schumacher sind zwei souveräne Einzelgänger in Herkunft, Lebensgang und künstlerischer Entwicklung, auch in ihrem Temperament und Selbstverständnis. Beide fanden aus unterschiedlichen Gründen erst spät zu ihrer eigenen Ausdrucksweise und zu einer sehr sinnlichen Malerei, zugleich haben beide ein beachtliches Alterswerk geschaffen. Beide sind als Weltbürger weit und auch häufig gereist, was in verschiedenen Bildfolgen in ihr Werk eingegangen ist. Doch die Gründe ihres Künstlertums und den Ort ihres künstlerischen Schaffens fanden sie, ein jeder auf seine Art, über alle Jahre in ihrem eng umschriebenen heimatlichen Bezirk im deutsch-dänischen Grenzbereich und im westfälischen Hagen.

Die Beziehung zwischen der Nolde Stiftung Seebüll und der Emil Schumacher Stiftung sind seit vielen Jahren freundschaftlich eng, die Gemeinsamkeiten groß. Der Gedanke und das Konzept dieser Ausstellung wurde über längere Zeit unabhängig in Seebüll und Hagen still erwogen, bis schließlich der heimliche Gedanke geäußert wurde, die beiden Künstlerpersönlichkeiten als nah „verwandte Seelen“ mit einer besonderen Auswahl ihrer Werke ohne theoretischen Überbau begegnen und kommunizieren zu lassen.

Vergleicht man das Werk der beiden Maler Emil Nolde und Emil Schumacher, das zusammen mehr als ein Jahrhundert umspannt, nimmt sogleich das große, gemeinsame Thema gefangen: die direkte künstlerische Umsetzung des elementaren Naturerlebnisses. Beide Künstler suchen leidenschaftlich nach Möglichkeiten, sich der sichtbaren wie der unsichtbaren Wirklichkeit anzunähern, der eine in der Interpretation der äußeren Natur durch die Farbe als seinem eigentlichen Ausdrucksmittel, der andere in der geheimnisvoll zeichenhaften Darstellung der Empfindung von Natur. Den Farbmagier Nolde und den Spurenleger Schumacher führt eine gemeinsame künstlerische Intention zusammen: Die Suche nach dem vollendeten Ausdruck der Natur in ihrer Malerei.

Emil Schumacher, Adumin, 1988,
Copyright Schumacher Museum Hagen

Nolde in Berlin

Dependance Berlin Jägerstraße 55,
10117 Berlin
Öffnungszeiten: täglich von 10 – 19 Uhr
Öffentliche Führungen: sonntags 14 Uhr
Tel. 030 – 4000 46 90
E-Mail: berlin@nolde-stiftung.de
www.nolde-stiftung.de

Termine
8.7. – 30.10.2011
Die Farbe lebt im Licht
Emil Nolde – Meister des Aquarells

11.11. 2011 – 12.2.2012
Emil Nolde - Die religiösen Bilder

Die Ausstellung gliedert sich in sieben Themengruppen, in denen sich sehr unterschiedliche Werke von Emil Nolde und Emil Schumacher begegnen. Insgesamt werden 87 Bilder gezeigt. Zu sehen ist sie noch bis zum 19.6.2011.

Pauschale Abgeltung von Überstunden: Keine leichte Übung

In Arbeitsverträgen für leitende und außertariflich bezahlte Angestellte ist es schon länger üblich, dass Mehrarbeit über die branchenübliche oder vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit hinaus mit einer Überstundenpauschale abgegolten wird oder sogar im Bruttogehalt enthalten ist. Zunehmend finden sich derartige Klauseln aber auch in den Verträgen normaler Arbeitnehmer, für die tarifliche Mindestansprüche gelten. Grundsätzlich ist dies zulässig, soweit keine tariflichen Bestimmungen entgegenstehen.

Foto: Bilderbox

Bei tariflich bezahlten Mitarbeitern sind pauschale Überstundenregelungen und deren Einschluss in das Gehalt rechtlich schwierig

„Dennoch ist nicht jede vertraglich vereinbarte Pauschalabgeltung für Überstunden rechtens", erklärt Thorsten Walther, Rechtsanwalt bei Ecovis. Seit einigen Jahren legen die Landesarbeitsgerichte (LAG) und das Bundesarbeitsgericht (BAG) hier immer strengere Maßstäbe an, insbesondere was die Transparenz der Regelung und ein faires Verhältnis von Leistung und Gegenleistung angeht.

Bei 48 Stunden ist Schluss

So ist nach der jüngsten Rechtsprechung des BAG darauf zu achten, dass sich kein Missverhältnis zwischen der anfallenden Mehrarbeit und der gewährten Vergütung ergibt. Zudem kann Mehrarbeit, die über die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden laut Arbeitszeitgesetz hinausgeht, nicht pauschal abgegolten werden. Das hat das BAG schon 2005 in einem Revisionsverfahren entschieden (Aktenzeichen: 5 AZR 52/05) und damit ein Urteil des LAG Hamm (Aktenzeichen: 19 Sa 1424/04) bestätigt.

Unwirksam sind auch Arbeitsvertragsklauseln, wonach erforderliche Mehrarbeiten im regelmäßigen Monatsgehalt enthalten sind, ohne dass eine Höchstgrenze für die damit abgegoltenen Überstunden festgelegt wird. Denn in einem solchen Fall kann der Arbeitnehmer bei Vertragsschluss nicht erkennen, wie viele Überstunden mit dem Gehalt abgegolten sind.

Das aber verstößt gegen das Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 BGB für Allgemeine Geschäftsbedingungen, das auch für vorformulierte Arbeitsverträge gilt. Danach sind Vertragsbestimmungen unwirksam, wenn sie den betroffenen Vertragspartner „entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen."

Diese Auffassung hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 1. September 2010 (Aktenzeichen: 5 AZR 517/09) bestätigt und noch einmal betont, dass sich die Zahl der abgegoltenen Überstunden aus der Pauschalklausel selbst ergeben muss. Andernfalls ist sie unwirksam.

Rechtsanwalt Walther rät daher, in die Arbeitsverträge eine Klausel folgender Art einzubauen: **„Mit der vereinbarten Vergütung sind insgesamt 4 Überstunden pro Woche abgegolten" (im Beispiel wird von einer 40-Stunden-Woche ausgegangen, so dass zehn Prozent Überstunden angemessen sind). Darüber hinaus geleistete Mehrarbeitsstunden sind, so Walther, „angemessen in Geld oder Freizeit zu entlohnen; hier kann sich der Arbeitgeber im Vertrag ein Wahlrecht einräumen. "**

Generell gilt für Überstunden: Der Arbeitgeber muss nur die Überstunden vergüten, die er ausdrücklich angeordnet oder zumindest gebilligt oder geduldet hat. Eine Duldung sieht das LAG Berlin-Brandenburg (Aktenzeichen: 15 Sa 166/10) schon dann, wenn der Arbeitgeber „Arbeitsleistungen, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus gehen", über mehrere Wochen entgegennimmt und gleichzeitig keine Gegenmaßnahmen ergreift, „um eine freiwillige Ableistung von Überstunden zu unterbinden". Abzuwarten bleibt, inwieweit sich andere Landesarbeitsgerichte dieser über die bisherige Rechtsprechung hinausgehenden Auffassung anschließen werden.

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wol*len helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.*

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Im ersten Teil unserer Rubrik geht es um ein Problem, das Inhaber von Kfz-Reparaturwerkstätten ebenso betrifft wie die Geschädigten eines Verkehrsunfalls. Viele Haftpflichtversicherungen sind nach einem Verkehrsunfall nicht mehr bereit, die „Wahl-Reparaturwerkstatt" des Geschädigten zu bezahlen. Sie verweisen vielmehr auf die oft günstigeren freien Werkstätten.

Aber die Rechtsprechung macht es den Versicherungen inzwischen nicht mehr so einfach. Grundsätzlich kann der Geschädigte die Kosten erstattet verlangen, die ein Sachverständiger bei Zugrundelegung der in der betreffenden Region üblichen Stundenverrechnungssätze einer markengebundenen Werkstatt feststellt. Der Geschädigte soll einen vollen Ausgleich erhalten und frei entscheiden können, ob und wenn ja, wo er repariert.

Natürlich gilt für den Geschädigten das Schadensminderungsprinzip. Der Geschädigte muss sich also gegebenenfalls auf eine günstigere Werkstatt verweisen lassen, wenn die Qualität und zum Beispiel die Erreichbarkeit dieser Werkstatt ähnlich der der Markenwerkstatt ist.

Allerdings muss die Versicherung im Streitfall vor Gericht darlegen und beweisen, dass es eine solche Werkstatt gibt und sie den Geschädigten rechtzeitig darauf hingewiesen hat. Sie muss den Geschädigten detailliert über die vergleichbare Reparaturwerkstatt aufkläre, so dass die Vergleichbarkeit für den Geschädigten auch erkennbar ist. Ein einfaches Schreiben mit der Adresse und der Telefonnummer ist da nicht ausreichend. Vielmehr soll sich der Geschädigte - zusätzlich zu seinem Schaden - nicht auch noch der Mühe unterziehen, Vergleichsmöglichkeiten recherchieren zu müssen. Das ist Aufgabe des Schädigers und seiner Haftpflichtversicherung.

Unseren Leser Harald H. beschäftigt zur Zeit eine Frage aus dem Mietrecht. Er ist Eigentümer einiger vermieteter Wohnungen. Üblicherweise müssen seine Mieter vor dem Einzug eine Mietsicherheit leisten. Er möchte wissen, ob es zu diesem Thema Neuerungen gibt.

In dem Mietvertrag sollte der Vermieter stets mit dem Mieter vereinbaren, dass eine Mietsicherheit durch den Mieter erbracht werden muss. Der vorsichtige Vermieter macht sogar die Schlüsselübergabe von der Zahlung dieser Sicherheit abhängig. Die Mietsicherheit kann in verschiedenen Formen geleistet werden. Die gewünschte Variante sollte konkret vereinbart werden. Neben einer Bankbürgschaft ist zum Beispiel auch die Übergabe eines verpfändeten Sparbuchs oder aber die Zahlung/Überweisung durch den Mieter möglich.

Der Bundesgerichtshof hat in einer kürzlich veröffentlichten Entscheidung für diese letzte Variante eine weitere Voraussetzung festgeschrieben. So soll der Mieter die Mietsicherheit erst überweisen müssen, wenn der Vermieter ihm ein insolvenzfestes Konto benannt hat. Nur ein solches Konto bietet nach Überzeugung der BGH-Richter dem Mieter den weitestgehenden Schutz. Würde das Geld erst auf ein Vermieterkonto und von dort auf ein gesondertes Konto gehen, wäre für eine kurze Zeit ein Risiko gegeben, dass aber nicht dem Mieter aufgebürdet werden darf.

Dieses Urteil wird kritisiert, da eine Grundlage im Gesetzeswortlaut nicht erkennbar ist. Trotzdem müssen Vermieter sich wohl jetzt darauf einstellen, dass potenzielle neue Mieter von der Entscheidung Kenntnis haben und die Zahlung der Mietsicherheit zunächst verweigern. Ein Kündigungsgrund für das erst junge Mietverhältnis sieht der BGH in dieser Verweigerungshaltung übrigens nicht.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

Die „unvorteilhafte“ Schenkung

BGH; Beschluss vom 30.09.2010; V ZB 206/10

Nicht jede Schenkung bringt nur Vorteile für den Beschenkten mit sich. Ist der Beschenkte noch minderjährig, ist dieses Problem von entscheidender Bedeutung. Wollen die Eltern ihren noch minderjährigen Kindern zum Beispiel im Wege der vorweggenommenen Erbfolge eine Eigentumswohnung übertragen, so ging es bislang darum, ob die Kinder auch in den Mietvertrag oder in den Verwaltervertrag eintreten. Diese Verträge bringen natürlich Pflichten mit sich und sind somit nicht „lediglich vorteilhaft“.

Der Bundesgerichtshof hat jetzt klar Position bezogen: Auf einen möglichen Verwaltervertrag, einen Mietvertrag oder den Inhalt der Gemeinschaftsordung kommt es nicht an. Ein Schenkungsvertrag über eine Eigentumswohnung ist für den Beschenkten nie lediglich rechtlich vorteilhaft und muss daher durch den gesetzlichen Vertreter genehmigt werden.

Sind die Eltern selbst die Schenker, so sind sie als gesetzliche Vertreter ausgeschlossen. Es muss ein Ergänzungspfleger durch das Familiengericht bestellt werden, der das Vertragswerk prüft und gegebenenfalls genehmigt. Das Prozedere wird damit komplizierter und langwieriger.

Betrunken im Krankenfahrstuhl – kein Unterschied zum Auto

OLG Nürnberg; Beschluss vom 13.12.2010; 2 St OLG Ss 230/10

In Deutschland gibt es unterschiedliche Grenzwerte für die absolute Fahruntüchtigkeit im Straßenverkehr. So sind Radfahrer ab einem Wert von 1.6 Promille absolut fahruntüchtig. Autofahrer betrifft dies bereits ab 1,1 Promille. Doch wie sieht es mit dem motorisierten Krankenfahrstuhl aus?

Das Oberlandesgericht Nürnberg musste sich mit dieser Frage im Rahmen eines Strafverfahrens beschäftigen. Der Fahrer eines motorisierten Krankenfahrstuhls war mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,25 Promille auf der Straße erwischt worden. Das OLG setzte dieses Fahrzeug mit einem Pkw gleich, da das Gefährdungspotenzial über dem eines Fahrrads liegt. Es kam damit zu dem Ergebnis, dass der Grenzwert für die absolute Fahruntüchtigkeit von Fahrern motorisierter Krankenfahrstühle, die nach dem Pflichtversicherungsgesetz zu versichern und mit einem Versicherungskennzeichen zu versehen sind, bei 1,1 Promille liegt.

Steuerberater bleiben Steuerberater

BVerfG; Beschluss vom 09.06.2010; 1 BvR 1198/10

In vielen Berufsgruppen werden inzwischen qualifizierte Fortbildungen angeboten, die oft mit einer Abschlussprüfung enden. Der Fortbildungsanbieter stellt bei Erfolg eine Urkunde aus und ein entsprechender Titel wird „verliehen“.

Für Steuerberater gilt jedoch der § 43 II StBerG. Dort heißt es:
Die Führung weiterer Berufsbezeichnungen ist nur gestattet, wenn sie amtlich verliehen worden sind. Andere Zusätze und der Hinweis auf eine ehemalige Beamteneigenschaft sind im beruflichen Verkehr unzulässig.

Einem Steuerberater wurde nach einem Lehrgang die Qualifikation zum „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“ verliehen. Die zuständige Kammer hielt diesen Zusatz zur Berufsbezeichnung „Steuerberater“ für unzulässig und wettbewerbswidrig. Diese Rechtsauffassung hat letztendlich das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Es hat die Verfassungsbeschwerde des Steuerberaters nicht zur Entscheidung angenommen, da sie keine Aussicht auf Erfolg hat. Die gesetzliche Regelung diene wichtigen Gemeinwohlbelangen. Nur so könne die Allgemeinheit vor irreführenden Berufsbezeichnungen geschützt werden.

Praxishinweis: Bei den Rechtsanwälten gibt es seit einigen Jahren die Möglichkeit, einen Fachanwaltstitel zu führen. Dazu haben die Rechtsanwälte besondere theoretische und praktische Rechtskenntnisse durch Lehrgänge und Fallzahlen nachzuweisen. Der Fachanwaltstitel wird von den regionalen Rechtsanwaltskammern verliehen. Jeder Fachanwalt muss jährliche Fortbildungen auf seinem speziellen Rechtsgebiet der Rechtsanwaltskammer unaufgefordert nachweisen, um den Titel nicht zu verlieren.

Ohne Geschäftsführer leidet die Prozessfähigkeit

BGH; Urteil vom 25.10.2010; II ZR 115/09

Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft und führt für diese die aktiven und passiven Gerichtsverfahren. Dies gilt auch für den Geschäftsführer der Komplementär-GmbH einer GmbH & Co. KG. Aber wie ist die Rechtslage, wenn der einzige Geschäftsführer vor Erhebung der Klage sein Amt niedergelegt und dies auch der Kommanditgesellschaft mitgeteilt hat?

Der Bundesgerichtshof hat in einer solchen Konstellation eine Klage gegen die GmbH als unzulässig erachtet. Die GmbH wird durch den Geschäftsführer gesetzlich vertreten. Fehlt dieses Organ der GmbH, dann ist sie nicht mehr prozessfähig. Die Gesellschafter der GmbH treten nicht an die Stelle des Geschäftsführers.

Entscheidendes Jahr für Sachsen-Anhalt

Die MIT und CDU Sachsen-Anhalt haben sich in Aschersleben auf den Wahlkampf eingestimmt. MIT-Landeschef Detlef Gürth, MdL, bezeichnete auf dem Neujahrsempfang von CDU und Mittelstandsvereinigung MIT das Jahr 2011 als ein entscheidendes Jahr für Sachsen-Anhalt. Die Wähler müssten am 20. März bei der Landtagswahl entscheiden, ob das Land wie einst unter einer von der PDS tolerierten SPD-Regierung wieder in Stagnation verfalle oder ob die CDU weiter die Politik bestimmen solle. Seit 2002 sei die Arbeitslosigkeit nahezu halbiert worden, sagte Gürth. Er warnte vor einer möglichen rot-rot-grünen Landesregierung nach der Wahl. Die Wirtschaft würde dann ‚einen Bogen um Sachsen-Anhalt machen'.

Der CDU-Spitzenkandidat von Sachsen-Anhalt, Wirtschaftsminister Reiner Haseloff, warb vor den 550 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung um Unterstützung für den Kurs der Christdemokraten. Er bezeichnete die CDU als Garant für eine erfolgreiche Politik der Mitte. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble machte auf dem Empfang deutlich, dass er trotz des Wirtschaftswachstums am Sparkurs festhalten werde. Am Anfang des neuen Jahres befinde sich Deutschland zwar in einer besseren Situation, die Erfolge dürften aber nicht aufs Spiel gesetzt werden.

MIT gegen Bettensteuer

Die MIT Schleswig-Holstein lehnt die in immer mehr Städten, wie z. B. jüngst in Köln und Lübeck eingeführte Bettensteuer ab, erklärt der Landesvorsitzende der MIT Momme Thiesen. Schon heute sehr die Hotelbranche stark finanziell gefordert, und eine neue zusätzliche kommunale Abgabe führe zu einer inakzeptablen Belastung der Betriebe. Die Abgabe sei eine Gefahr für zahlreiche Arbeitsplätze. Zudem würden dringend notwendige Investitionen verhindert, welche durch die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Übernachtungen überhaupt erst in vielen Betrieben möglich geworden sind.

Unternehmensbesuch der MIT Ruhrgebiet

Das Europäische Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) in Bochum war Ziel eines Besuches der MIT Bezirk Ruhrgebiet unter Vorsitz von Philipp Mißfelder, MdB. Aus dem anfänglichen Ausbildungswerk für Kaufleute der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft ist die deutschlandweit größte und angebotsreichste Bildungseinrichtung der Branche geworden. Klaus Leuchtmann, Vorstandsvorsitzender des EBZ, zeigte zu Anfang des Besuches bei einem Rundgang, dass auch abends „Leben in der Bude" ist und die Bildungsgänge des EBZ- z.B. duale Studiengänge- eine Antwort auf die aktuellen Probleme der Wohnungswirtschaft darstellen. Bei den anschließenden Fachvorträgen ging Prof. Dr. Volker Eichener (Rektor der EBZ Business School) auf die Konsequenzen der demographischen Entwicklung ein und Matthias Wirtz (Geschäftsführer des InWis) zeigte die Komplexität der Erstellung kommunaler Handlungskonzepte auf. Friedhelm Müller und Hans-Martin Schlebusch machten zum Abschluss der Veranstaltung deutlich, dass eine „Neue Wohnungspolitik im Ruhrgebiet durch demographischen Wandel" ein sehr mittelständisches Thema sei.

Traditionelles Jahrestreffen

Die MIT Calw-Freudenstadt hatte in das Waldhotel Zollernblick in Lauterbad zum traditionellen Essen zum Jahresbeginn eingeladen. Herr Schillinger, selbst Vorstandsmitglied der MIT, stellte den Besuchern das altehrwürdige Waldhotel vor. Dabei blendete er in das Jahr 1879 zurück, wo Freudenstadt durch den Bau der königlich-württembergischen Eisenbahn mit der großen Welt verbunden war und bereits die ersten Gäste anlockte. Lauschig führte er durch die Geschichte des Zollernblick bis zur Pachtübernahme durch die Familie Heinzelmann-Schillinger im Jahr 2003. Im klimatisierten Festsaal ließen sich die Mittelständler die köstlichen Speisen schmecken und nutzten die Stunden des Beisammenseins zum regen Gedankenaustausch.

Klausurtagung der MIT Nord-Württemberg

Die MIT Nord-Württemberg ist mit 1.300 Mitgliedern der stärkste Bezirksverband in Baden-Württemberg. Der Bezirksvorstand will weiterhin auf Neumitgliederwerbung setzen

In Ilshofen fand die Klausurtagung des Bezirksvorstandes der MIT Nord-Württemberg unter der Leitung der Bezirksvorsitzenden Petra Jouaux statt. Neben politischen Themen diskutierte das Gremium vor allem über die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, Fördermöglichkeiten und soziale Bereiche. Insbesondere die Problematik der Unternehmensnachfolge bei der derzeitigen politischen Lage wurde kritisch angesprochen. Angestrebte Änderungen von Gesetzeslagen beschlossen die Vorstandsmitglieder. Diese sollen in Form von Anträgen in die zuständigen Ministerien zur Verabschiedung vorgebracht werden. Dies beinhalte Änderungen zum Insolvenzrecht und zur Besteuerung der privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen. Ebenso fand das Thema „Stuttgart/Baden-Württemberg 21“ und die daraus resultierenden Vorteile für Arbeitnehmer und mittelständische Betriebe Unterstützung.

SENSIBLES THEMA: DATENSCHUTZ

Durch die Datenpannen einiger Großunternehmen und die Diskussion um Google-Streetview hat das Thema Datenschutz viel Aufmerksamkeit erregt. Dass dies lediglich die Spitze des Eisberges ist, verdeutlichte der Datenschutzexperte Erich Zimmermann den Mitgliedern der MIT Unna bei einem Gesprächsabend. Er rechnet mit einer Zunahme der Fälle, in denen Unternehmen für den laschen Umgang mit Datenschutzbestimmungen zur Kasse gebeten werden. Speichert ein Unternehmen sensible Daten, die mehr als nur Angaben zu Adresse und Telefonnummer, sondern auch Finanz- oder gar Gesundheitsdetails beinhalten, ist laut Erich Zimmermann höchste Vorsicht geboten. „Verstöße gegen den Datenschutz in den ganz sensiblen Bereichen sind enorm teuer.“ Datenschutz und Datensicherheit im Unternehmen sind deshalb Chefsache. „Jeder Geschäftsführer und Firmeninhaber haftet für die Einhaltung der Datenschutzgesetzte“, erklärte Zimmermann den Mittelständlern. Er rät insbesondere zu detaillierten Regelungen für den Umgang mit Computer-Passwörtern und den E-Mail-Verkehr. Denn: „Das Ausspionieren von Passwörtern und gedankenloses E-Mail-Verhalten sind häufig Gründe für Beanstandungen.“

MIT spendet für Hannelore Kohl Stiftung

Die Ehrenpräsidentin Ute Henriette Ohoven und der Vorstandsvorsitzende Dr. Joachim Breuer der Hannelore Kohl Stiftung begrüßten beim einem Empfang der Stiftung Freunde und Förderer aus Politik, Kultur, Wirtschaft und der Selbsthilfeverbände in Bonn. Auch in diesem Jahr war die MIT Ahrweiler mit dem MIT-Kreisvorsitzenden Elmar Lersch sowie den beiden Vorstandsmitgliedern Karl Mönch und Josef Niethen vertreten. Sie überreichten einen Spendenscheck in Höhe von 1.067,11 Euro, der den betreuten schädelhirnverletzten Menschen und deren Angehörigen zugute kommen soll.

Herausforderung Gesundheitspolitik

Das Fuldaer Gesundheitsforum der MIT fand großes Interesse beim Mittelstand

Auf dem 3. Gesundheitskongress der MIT Fulda skizzierte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, MdB, Auswege aus dem drohenden Kollaps des deutschen Gesundheitswesens vor knapp 100 Mittelständlern, Ärzten und Apothekern. „Gesundheitspolitik ist nicht mehr nur Sozialpolitik, sondern betrifft auch wirtschaftliche Belange“, so Spahn und lobte die Initiative der MIT, sich in einem Kongress den Problemen der Finanzierung von Gesundheit zu widmen. Winfried Rippert, MIT-Kreisvorsitzender in Fulda, hatte in seiner Begrüßung die wirtschaftliche Bedeutung der Kliniken für Fulda betont. Als Diskussionsgäste nahmen zudem Michael Brand, MdB, Harald Jeguschke (Vorstandsvorsitzender der Klinikum Fulda gAG), Prof. Dr. Hans-Joachim Glaser (Vorsitzender des AK „Gesundheit“ der MIT Hessen und Ärztlicher Direktor des Herz- Jesu- Krankenhauses Fulda) und Dr. Wolfgang Dippel (Bürgermeister) teil.

MIT Stuttgart rollt .... Sushi

Sushi selbst gemacht, ist ein neues Hobby der MIT Stuttgart. Auf vielfachen Wunsch der MIT-Mitglieder wurde, wie schon im vergangenen Jahr, der monatliche After Business Talk im Januar in einen Sushi-Abend umgewandelt. Mit großer Begeisterung und unter sachkundiger Anleitung von Yoonhee Pittroff, unterstützt durch ihre Mitarbeiterin, wurde die Küche von Ullrich Pittroff belegt. Es entstanden künstlerisch ansprechende, formvollendete und vor allem sehr schmackhafte Rollen und Temakis. Ganz nebenbei gab es noch Informationen über Reissorten, Einsatzmöglichkeiten diverser Tangplatten und der Tauglichkeit möglicher Sushi-Füllungen. Beim anschließenden Verzehr der selbstgemachten Köstlichkeiten tauschten sich die Mittelständler aus und knüpften neue Kontakte.

MIT besucht Erdgaskraftwerk

Die MIT Lingen informierte sich bei einem Besuch des neuen Gas- und Dampfturbinenkraftwerks der RWE Power AG am Kraftwerksstandort Lingen über die aktuellen Entwicklungen der Energiepolitik. Der Leiter des Erdgaskraftwerks, Nikolaus Valerius begrüßte die Mittelständler im Informationszentrum und stellte den Kraftwerksstandort Lingen vor. Mit einem Kernkraftwerk, zwei Gasblöcken und der neuen GuD-Anlage gehört der Standort mit ca. 3200 MW zu den großen Erzeugungsstandorten in Deutschland. Im Vortrag wurde deutlich, wie effizient die Erdgaskraftwerke und Kernkraftwerke heutzutage arbeiten. Die neue GuD-Anlage ist eines der modernsten Erdgaskraftwerke weltweit. Dank effizienter Technologie wird ein Wirkungsgrad von fast 60 Prozent erreicht. Die Anlage ist sehr flexibel und umweltfreundlich.

Unternehmerfrühstück mit Manfred Weber

Unser Foto zeigt Gäste und Gastgeber des Unternehmerfrühstücks

Europäische Richtlinien – wie förderlich sind sie wirklich? Dieser Frage gingen auf Einladung von Manuela Wälischmiller und Hans Brennsteiner rund 30 Mitglieder und Freunde beim dritten Unternehmerfrühstück der MU Dingolfing-Landau gemeinsam mit Manfred Weber, niederbayerischer CSU-Bezirksvorsitzender und MdEP, nach. Vor der Diskussion wurde die Essigbrauerei Kriegl, in der seit 60 Jahren mittlerweile ca. 40 Sorten Essig hergestellt werden, besichtigt. Weber sprach mit den Anwesenden u.a. über die geplante Verordnung zur Verbraucherinformation und die Nährwertkennzeichnung. Auch die EU-Verordnung für Metzgereien wurde angesprochen. Hier werden deutsche Betriebe durch die Umsetzung der Behörden besonders strengen Reglungen unterworfen. Die größte Sorge der Anwesenden war jedoch die drohende „Überbürokratisierung" des Mittelstandes durch Europa. Der Unterschied zwischen den großen multinationalen Unternehmen und den KMU muss in der Vorordnungspraxis besser berücksichtigt werden. Neben Weber waren u.a. der MU Bezirksvorsitzende und stv. Landrat Peter Erl, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Hersteller kulinarischer Lebensmittel, Dirk Rademacher, und der Obermeister der Metzgerinnung Michael Santl dabei.

MU Unterfranken verleiht Innovationspreis

„Die Schlemmer GmbH mit ihrer Mobilen Fabrik ist der Preisträger 2010, da sie immer wieder durch den hohen Innovationsgrad von sich reden macht", erläuterte die MU-Bezirksvorsitzende Jutta Leitherer. „Der Preis ist eine Anerkennung für die Tatkraft und Professionalität, mit der sich die Unternehmen in Unterfranken weltweit positionieren." Gemeinsam mit Staatsminister a.D. Dr. Otto Wiesheu überreichte Sie den Preis an Josef Minster, CEO, Karl-Heinz Link, COO, und Mile Marjanovic, Projektleiter Mobile Fabrik. Das Unternehmen beschäftigt am Standort Hassfurt seit 1988 rund 140 Mitarbeiter.

Josef Schlarmann bei MU München

Der Bundesvorsitzende der MIT Dr. Josef Schlarmann hat einen Aufenthalt in München genutzt und die MU München bei ihrer Bezirksvorstandssitzung besucht. Begeistert wurde der Bundesvorsitzende von den Mitgliedern begrüßt. In der etwa 1,5 stündigen Diskussion wurden Fragen des Mittelstandes ausführlich erörtert. Im Vordergrund standen die Themen Zeitarbeit, der Fachkräftemangel und der Ausbau des deutschen Stromnetzes zur langfristigen Sicherstellung der Wirtschaft mit ausreichender Energie. Auch die Fragen der weiteren verbesserten Zusammenarbeit zwischen MIT und MU wurden konstruktiv behandelt. Die anregende Diskussion zwischen Josef Schlarmann und den Mitgliedern des Vorstandes wurde bei einem anschließenden Abendessen fortgesetzt.

MU Starnberg besucht Pharmatechnik

Mehr als 30 Mitglieder der MU Starnberg haben im Rahmen des ersten Mittelstandstages die Pharmatechnik Unternehmenszentrale in Starnberg besucht. Das Unternehmen Pharmatechnik bietet Dienstleistungen für Apotheken in ganz Deutschland an. Auf dem Rundgang zeigten der geschäftsführende Gesellschafter Dr. Detlef Graessner und der Geschäftsführer Dr. Matthias Schindl die Produktion und den Servicebereich des Unternehmens. Im Anschluss tagten noch die Kreisvorstände von MU und CSU im benachbarten Hotel Vier Jahreszeiten.

iWelt AG erhält Mittelstandspreis

Die MU Würzburg hat zum achten Mal ihren Mittelstandspreis vergeben. Preisträgerin war diesmal die iWelt AG, ein bundesweit tätiger Dienstleister in der Internet- und Verlagsbranche. Gemeinsam mit Staatsministerin Emilia Müller verlieh der Kreisvorsitzende Peter Deppisch die Auszeichnung. Müller bezeichnete die iWelt AG als einen der vielen „Hidden Champions" in Bayern. So wie bei vielen anderen Unternehmen sei aus einem Familienunternehmen ein Marktführer mit 170 Mitarbeitern herangewachsen. Die Urkunde nahmen Dr. Klaus Mapara und iWelt-Vorstand Hans Stolz entgegen.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Virtueller Kreisverband der MIT wächst

Der Virtuelle Kreisverband der MIT (VKV), das Internetportal und Netzwerk für MIT-Mitglieder, erfreut sich großen Zuspruchs. Mit Beginn des Jahres 2011 hat der VKV die 1.000-Mitglieder-Marke überschritten und hat mittlerweile 1.015 Mitglieder. Interessierte können sich unter www.mit-virtuell.de im VKV anmelden, Kontakte zu anderen MIT-Mitgliedern in ganz Deutschland knüpfen und in Foren über aktuelle Themen diskutieren.

MIT Harburg

Der Vorsitzende der MIT im Landkreis Harburg, Wilfried Uhlmann, ist für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt worden. Seit 2005 führt der 66-jährige Unternehmensberater den Kreisverband an. Beim traditionellen Grünkohlessen wurden außerdem die stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Heiner Austrup (Ärztlicher Direktor am Krankenhaus Winsen) und der Speditionsunternehmer Michael Tietz wiedergewählt. Gleiches gilt für den Schriftführer Rudolf Meyer aus Luhdorf. Neu im Vorstand ist Katrin Hörschelmann. Die Harburger Anwältin rückt als Schatzmeisterin für Lothar Patz nach, der nicht wieder kandidierte.

MIT Lichtenberg

Der Berliner MIT-Kreisverband Lichtenberg hat mit Gregor Hoffmann, MdA, einen neuen Vorsitzenden gewählt. Ihm werden zukünftig Stefan Mattes und Thoralf März als Stellvertreter zur Seite stehen. Christina Lippitz wurde als Schatzmeisterin, Maria Weger als Schriftführerin und André Laurman-Urbanski sowie Dieter Lorenz als Beisitzer gewählt.

MIT Thüringen

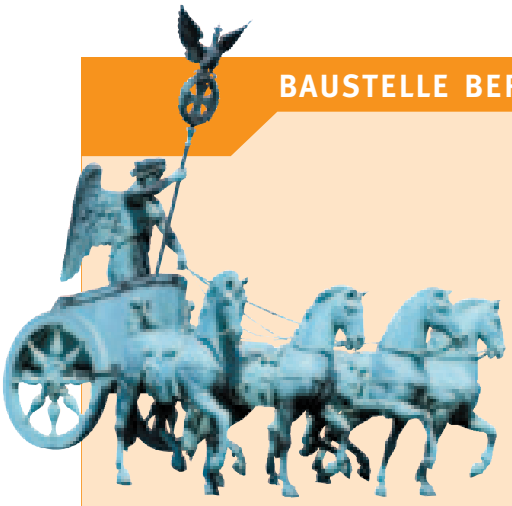
Beim 22. Landesmittelstandstag der MIT Thüringen in Gotha machte der MIT-Landesvorsitzende Wilfried Sieringhaus in seiner Rede deutlich, dass die CDU ihre wirtschaftspolitische Kompetenz nicht verspielen darf und endlich wieder klare Akzente setzen muss. Die MIT ist bereit, ihren Beitrag für die Stärkung des wirtschaftspolitischen Profils zu leisten. Der stellvertretende Landesvorsitzende Clarsen Ratz stellte den einstimmig verabschiedeten Antrag „Demografie und Wirtschaft in Thüringen: Zukunft sichern - Chancen nutzen“ vor, mit dem die MIT Thüringen u.a. die Landesregierung auffordert, einen „Demografiecheck“ einzuführen sowie die bereits angekündigte „Serviceagentur: Demografischer Wandel“ umgehend als zentrales Informations-, Dienstleistungs-, Beratungs- und Kompetenzzentrum in der Staatskanzlei zu etablieren.

Wilfried Sieringhaus begrüßte über 100 Gäste beim diesjährigen Landesmittelstandstag der MIT Thüringen.

MIT Rheingau-Taunus ehrte langjährige Mitglieder

In einer besonderen Feierstunde ehrte die MIT Rheingau-Taunus gleich mehrere Mitglieder für ihre 25jährige MIT-Mitgliedschaft. Die Feierstunde begann mit einer Besichtigung der neuen Betriebsräume des Backhauses Dries in Rüdesheim. Nach einer anschließenden Stärkung mit Kaffee und Kuchen in der Backstube, nahmen die MITler in dem, der Bäckerei angegliederten, festlich dekorierten kleinen Saal Platz. Der MIT-Kreisvorsitzende Paul Dries zeigte sich erfreut, dass zu dieser Feierstunde auch der hessische CDU-Generalsekretär Peter Beuth, der Bundestagsabgeordnete Klaus Peter Willsch, die erste Kreisbeigeordnete und CDU-Landratskandidatin Jutta Nothacker, der Landtagsabgeordnete Peter Seyffardt, der MIT-Landesgeschäftsführer Berthold Jost sowie einige Mitglieder des MIT-Landesvorstandes gekommen waren.

BAUSTELLE BERLIN



Liebe MIT-Streiter,

jetzt raten Sie doch einfach mal, aus welcher Ecke des Deutschen Bundestages die Forderung kommt, dass Unternehmen zu ihrer normalen Bilanz auch einen ausführlichen Sozialbericht zu erstellen haben. Der soll beispielsweise auflisten, wie viele Zeitarbeiter und Praktikanten das Unternehmen beschäftigt, welche Tarifverträge es anwendet und welche betrieblichen Sozialleistungen gewährt werden. Dadurch soll geprüft werden, und jetzt zitiere ich, „ob ein Unternehmen sich dem Erfordernis nachhaltigen und gemeinschaftsdienlichen wirtschaftlichen Handelns verpflichtet fühlt". Die Antwort auf diese Frage liefert eine Menge Wahlkampfmunition – leider den falschen Büchsenspannern. „Friendly fire" nennt man das im Militärjargon, aber wahrscheinlich habe ich mich jetzt schon wieder zu weit vorgewagt mit meiner Kritik, die an dieser Stelle leider nicht immer allen Lesern gefällt. Aber urteilen Sie selbst: die Quelle dieser Forderung steht am Fuß dieser Seite!

Nun haben wir ja den (zahnlosen) Normenkontrollrat, der über dem Bürokratieabbau wacht, aber in seinem Beanstandungstempo hoffnungslos den ins Kraut schießenden neuen Gängelungen hinterherhechelt – siehe Frauenquote. Aber auch sonst tut sich herzlich wenig, wie Mittelständler gerade zum Jahreswechsel immer schmerzlich bemerken. Dann treten sie nämlich rudelweise an, die Behörden, Verbände und Institutionen, die alle mit leicht drohendem Unterton und – natürlich – mit Fristsetzung ihre Daten einfordern. Da ist es ein Wunder, dass unsere Mitglieder überhaupt noch Zeit finden, Wahlkampf zu machen.

Aber das tun sie – unverzagt und fleißig – landauf, landab mit Schwerpunkt bis Ende März. Wir in Berlin versuchen unsere Regionalverbände nach Kräften zu unterstützen, denn Winterwahlkämpfe verlangen aus naheliegenden eine ganz besondere Motivation und Motivierung...

Schließlich haben Union und SPD im Bundestagswahlkampf 2009 gut 3 Millionen Wähler an die Partei der Nichtwähler abgegeben. Die Partei der Nichtwähler ist nicht nur bei den kommunalen, Europa- und Landtagswahlen, sondern jetzt auch bei Bundestagswahlen stärkste Partei.

Laut Peter Radunski, Senator a.D., sind Nichtwähler kaum verdrossen von der Demokratie, haben aber das Gefühl, politisch wirkungslos zu sein. Was sie sich wünschen, ist eine größere Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Problemlösungskompetenz von Parteien und Politikern. Die Zahl der Nichtwähler in Deutschland steigt kontinuierlich. Dabei sind es nicht mehr nur die sozial wenig privilegierten und integrierten Bürger in Deutschland, die an einer Wahlteilnahme zweifeln. Die Daten aus der Studie zeigen, dass das Phänomen der Nichtwahl mittlerweile auch wahltreuere Schichten der gesellschaftlichen Mitte erfasst hat.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre unseres Magazins und hoffe, dass Sie gut und gesund an Leib und Seele durch den Winter kommen.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

Auflösung der Eingangsfrage: Die Forderungen entstammen einem Positionspapier des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Zimmer, Vizechef der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Hannover Messe / CeBit

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Verlagsvertretung Getz,
Nielsen I, II, VI , VII
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV, V
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Brief an Emil Nolde, 1927

SCHNUPPERN SIE BERLINER LUFT

Drei große Ausstellungen von Emil Nolde berauschen dieses Jahr die Hauptstadt:
NOLDE/SCHUMACHER: VERWANDTE SEELEN (Februar bis Juni), DIE FARBE LEBT IM LICHT – EMIL NOLDE: MEISTER DES AQUARELLS (Juli bis Oktober), EMIL NOLDE. DIE RELIGIÖSEN BILDER – „TIEFE GEISTIGKEIT UND REICHSTE ORIENTALISCHE PHANTASTIK" (ab November).
Informationen direkt in Berlin: 030-4000 46 90.

Emil Nolde

Berlin

am Gendarmenmarkt
Jägerstraße 55
www.nolde-stiftung.de

Nolde.
Nolde Stiftung Seebüll
Dependance Berlin

SIMPLY CLEVER

MASSGESCHNEIDERT FÜR BLAUMÄNNER, BUSINESS-ANZÜGE UND BILANZEN.

ŠkodaAuto. Für jedes Geschäft das passende Geschäftsmodell. Ob Großkonzern, Mittelstand oder Familienbetrieb – mit einem Škoda treffen Sie immer die richtige Wahl. Denn unsere Geschäftsfahrzeuge überzeugen nicht nur durch modernes Design, effiziente Technologien und ein herausragendes Preis-Wert-Verhältnis, sondern auch durch ein maßgeschneidertes Unternehmer-Programm mit vielen Preisvorteilen. Gleich drei Flotten-Awards 2010* und regelmäßige Bestnoten in unabhängigen Tests beweisen das eindrucksvoll. Überzeugen Sie sich selbst – am besten bei einer Probefahrt. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Škoda-Partner, unter unserer Business-Hotline 0 18 05/25 85 85 (0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.) oder www.skoda-auto.de

*Fabia: Kleinwagen (Import), Superb: Obere Mittelklasse (Import), Octavia: Mittelklasse (Import). In: Autoflotte, Ausgabe 5, vom 30.04.2010.

Abbildung zeigt Sonderausstattung.